

Einzelpreis
 Redaktion und
 Prag, II., Havlic.
 Telephone:
 Tagesredaktion: 6795.
 Nachredaktion: 6797.
 Postfachamt: 57544.
 Inserate werden laut Tarif
 billigst berechnet. Bei öfteren
 Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
 in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
 Bei Zustellung ins Haus oder
 bei Bezug durch die Post:
 monatlich Ks 16.—
 vierteljährlich 48.—
 halbjährlich 96.—
 ganzjährig 192.—
 Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.
 Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Freitag, 24. Oktober 1924.

Nr. 251.

Lodgmans „Dolchstoß von hinten“.

Der Führer der Deutschen Nationalpartei hat gegen die Deutschgelben einen tödlichen Streich geführt. Diese früher miteinander innig verbündeten Parteien führen gegenwärtig miteinander ein Handgemenge, bei dem nur so die Haare und Federn der edlen Reden herumfliegen. Alle die feinen Schimpfmethoden, nach denen sie früher gemeinsam die Sozialdemokraten bekämpften, wenden sie nun auch gegeneinander an. Früher war unter den jetzt feindlichen Brüdern alles so hübsch auf- und eingeteilt: die Deutsche Nationalpartei war dazu bestimmt, das politische Lager der deutschen Besitzklasse und der sich nahestühlenden Elemente zu sein, der Nationalsozialismus dagegen sollte das Lockmittel sein, um wenigstens einen Teil der deutschen Arbeiterschaft vom Klassenfeind des Sozialismus abzuspalteln und ihn auf dem Umwege über die auch Arbeiterpartei den Interessen der deutschen Bourgeoisie dienlich zu machen, ohne daß es die eingefangenen und vom „deutschen Gemeinwohl“ Saiten beraubten Gimpel es merken sollten, daß der Nationalsozialismus eine von der bürgerlich-nationalen Reaktion geschaffene und aufgeküppelte Organisation gegen die ausgesprochenen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Masseninteressen der deutschen Arbeiterschaft ist.

Diese holde Eintracht und frohgemute Zusammenarbeit der Deutschgelben mit den Deutschgoldenen ist in letzter Zeit durch die Verschiebung der Zusammensetzung der beiden Parteien gestört worden und das Hauptgeschäft ist mit der Fiktion in Streit geraten. Die Nationalsozialisten wollen nicht mehr bloß „Partei“, sondern „Bewegung“, und so verstärken sie ihre schütterten Reihen mit Angehörigen aller Stände und Klassen, darunter Intellektuelle, Mittelständler und Gewerbebetreibende. Die Deutsche Nationalpartei, ebenfalls auf Gewinnung von Stimmvieh bedacht, hat sich dagegen eine eigene „Arbeiterpartei“ als Anhängel geschaffen, deren gelbe Konkurrenz die Nationalsozialisten geschäftsfördernd empfinden. Dazu kamen Rivalitäten unter den Führern und so entstand der Bruderkrieg derer vom Hakenkreuz, der dem Abgeordneten Jung kürzlich zu dem Schmerzensruf Veranlassung gab, die Deutsche Nationalpartei sei — wenigstens was die Führer anbelange — die gefährlichste Gegnerin der Nationalsozialisten, gefährlicher als die Sozialdemokraten und Kommunisten. Jung nahm sich damals auch kein Blatt vor den Mund, bezichtigte das Hauptblatt der Nationalpartei, es „vernadere“ im blinden Haß die nationalsozialistischen Gewerkschaften und höhnte die Nationalpartei, die den Kampf mit nie losgehenden Sensen und Dreschflegeln gegen den nationalen Gegner führe. Daß die Nationalsozialisten der Deutschen Nationalpartei vorwarfen, sie sei eine „Fabrikantenpartei“, und daß diese zurückantwortete, die Deutschgelben hätten am wenigsten Ursache, diesen Vorwurf zu erheben, das sind so einige der Liebendwürdigkeiten, mit denen sich die feindlichen Brüder zur Zeit überhäufen und es zeugt davon, wieviel die Herrschaften von einander wissen.

In diesem Guerillakrieg hat nun Dr. Lodgman gegen die Nationalsozialisten eine Mine aufzatlappen lassen. Er hat dies in einem scheinbar harmlosen Kommuniqué über eine Sitzung der Leitung der Deutschen Nationalpartei, das vom Sekretariat der Partei der Presse zur Veröffentlichung zugesandt wurde und das wir an anderer Stelle abdrucken. Das ist kein Hieb in offener Schlacht, das ist der berühmte sagenhafte „Dolchstoß von hinten“, der hier praktische Anwendung findet. In dem Kommuniqué wird zwar nur ausgeplaudert, was sich schon vormdem jedermann dachte, was aus der innigen Gemeinschaft der bürgerlichen Deutschnationalen mit den Deutschgelben her-

Die Masse der deutschen Nationalsozialisten ist gefallen!

Die Deutsche Nationalpartei fordert von den Gelben Bezahlung der „Wahlschulden“. — Ein „unparteilicher Schiedsrichter“ diktiert den Herren Knirsch und Jung, was sie jetzt für die Wahlen von — 1920 zu bezahlen haben!

Die Ehrenmänner und Vertreter der nationalsozialistischen „Arbeiter“-Partei, die im Jahre 1920 gemeinsam mit der deutschnationalen Fabrikantenpartei in den Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie gezogen sind, schreiben jedesmal wie die Befessenen auf, wenn wir daran erinnern, daß sie damals für ihre Schützenhilfe von den Deutschnationalen wohl gut entschädigt wurden. Heute, da sie mit ihren Gönnern von damals im Streit liegen, tun sie überhaupt so, als ob sie mit der Partei der deutschnationalen Unternehmer, Privatiers, Aktionäre und Hausbesitzer überhaupt nie etwas zu tun gehabt hätten. Wenn die Nationalsozialisten aber glauben, daß die andere Seite diese Vergangenheit ebenso rasch und gern vergessen werde, dann haben sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht, der die Rechnung bisher zwar nicht präsentiert, aber gut aufgehoben hatte. Und da die Ausgehaltenen dem Aushälter in der letzten Zeit gar so viel Undankbarkeit bewiesen, fühlt sich dieser aller „moralischen“ Verpflichtungen ledig und zwingt die treulosen Söldlinge, gewisse Summen zurückzuerstatten. Räumlich so:

In der Gesamtleitungssitzung der Deutschen Nationalpartei am 19. Oktober, abgehalten im Deutschen Haus zu Prag, brachte Parteivorsitzender Abg. Dr. Lodgman, der den Vorsitz führte, den Stein ins Rollen. Das uns vorliegende für die Öffentlichkeit bestimmte, Sitzungprotokoll sagt hierüber:

„Der Vorsitzende berichtete über seine Verhandlungen mit der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei wegen Deckung der aus der Zeit der Wahlen aufgelaufenen Wahlkosten. Darnach schloß beide Parteien einen unparteilichen Schiedsrichter ein, welcher darüber zu entscheiden haben wird, welche Ausgaben als gemeinsame Kosten zu betrachten sind oder nicht. Je nach dem Schiedsspruch werden die betreffenden Be-

träge von der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei anerkannt und der Deutschen Nationalpartei erstattet werden.“

Die Sache liegt völlig klar: Bis heute waren die Nationalsozialisten sozusagen „ewige Schuldner“ der Deutschnationalen. Jetzt plötzlich aber, nach viereinhalb Jahren, sehen sich die Herren der Fabrikantenpartei, da ihr Geld keine Zinsen mehr bringt, veranlaßt, den Schuldner die Rechnung vorzulegen. Und was das Interessanteste dabei ist: sie tun es in aller Deffektivität. Die Deutschnationalen hätten sich ja damit begnügen können, die Gelben zum Zahlen zu zwingen, und hätten sich damit zufrieden geben können, daß sie auf Grund des eingesezten Schiedsgerichtes wieder zu ihrem Gelde kommen. Mit nichten! Alle sollen es hören und wissen, daß die Gelben beim deutschnationalen Großbürger noch tief in der Streide stehen, daß es ihnen bisher nicht eingefallen ist, irgend etwas für die Deckung der „gemeinsamen Kosten“ zu tun. Das ist die Rache der Deutschnationalen an ihren Pflegelingen, die sich erst tüchtig aufraffen, jetzt aber ihre Alimentatoren bespuden und begeißeln.

Die Gelben, die wahrscheinlich mit der „Vornehmheit“ der Lodgmanente gerechnet hatten, zahlen jetzt in jeder Hinsicht gründlich drauf. Vor aller Welt stehen sie da als die bezahlte Schutztruppe des Bürgertums in dessen Kampf gegen die Arbeiterschaft. Wenn sie nun gegungen werden, einige ihrer „Ehrenschulden“ zu berappen — sie mögen nicht murren: es ist ja nur ein ganz kleiner Teil der „gemeinsamen Kosten“, die sie jetzt quittieren müssen. Im übrigen wird wohl diese kleine Auseinandersetzung die Herrschaften nicht hindern, über kurz oder lang wiederum „gemeinsame Rechnung“ zu machen.

Vor großen Lohnkämpfen in Deutschland.

Berlin, 23. Oktober. Das „8 Uhr Abendblatt“ berichtet über eine gespannte Lage in der Industrie, da auf der ganzen Linie neue Lohnkämpfe entbrannt seien. Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben Richtlinien herausgegeben, die unbedingt eine Erhöhung des Real-

lohnes um durchschnittlich 15 Prozent fordern. Am kritischsten sei gegenwärtig die Lage in der Metallindustrie, wo seit gestern zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Verbands Berliner Metallindustrieller Verhandlungen stattfinden. Die Besprechungen sollen Freitag fortgesetzt werden, doch seien die Gegenstände so groß, daß augenblicklich eine Einigung nicht vorausgesehen sei.

auszufühlen war, aber doch nicht dokumentarisch bewiesen werden konnte. Es geht aus dem von Dr. Lodgman erstatteten Bericht hervor, daß Deutschnationalen und deutsche Nationalsozialisten bei den letzten Parlamentswahlen eine gemeinsame Kriegskasse hatten, daß seither eine Verrechnung offen ist, und daß ein Teil der aufgelaufenen Wahlkosten „gemeinsame Kosten“ darstellt und nur der andere Teil Ausgaben betrifft, die von den einzelnen Parteien zu bezahlen sind. Aus dem Kommuniqué ist nichts anderes herauszulesen, als daß die Deutschnationalen und Nationalsozialisten, die Partei der deutschen Bourgeoisie und die der „deutschen Arbeiter“, bei den Wahlen nicht nur ideell, sondern auch materiell miteinander verbunden waren, daß sie ein Herz und eine Seele einte, aber auch eine Geldkasse, aus der sie gemeinsam speisten. Ein Teil der Wahlausgaben, der von einem Schiedsgericht zu bestimmen ist — die Brüder brauchen einen Schiedsrichter! — wird aus dem gemeinsamen Fonds gedeckt! Wer aber hat wohl die Gelder für diesen Fonds beigesteuert, aus dem gemeinsam die Kosten des Feldzuges gegen die Sozialdemokratie — denn gegen diese richtete sich wie immer der

Kampf — bestritten wurden?! Waren es etwa die „Arbeiterkreuzer“ der nationalsozialistischen Arbeiter, die in dem Fond zusammenschlossen und ihn so anschwellen ließen, daß er alle gemeinsamen Kosten der hakenkreuzerischen Verbündeten zu decken vermochte?! Wer wäre so polizeiwidrig dumm, das zu glauben! Es sind natürlich andere Gelder, Gelder der zahlungsfähigen deutschen Kapitalisten, welche die gemeinsame Kasse ausgiebig spidten.

Seit den letzten Wahlen sind mehr als viereinhalb Jahre vergangen. Wieso kommt es, daß die Nationalpartei die Frage der Wahlkosten und ihrer Verrechnung erst jetzt aufrollt, die Bezahlung der Schulden heischt und, was ebenso erstaunlich ist, die Deffektivität von dem bis jetzt ängstlich behüteten Geheimnis der gemeinsamen Kassegebarung unterrichtet? Das ist Dr. Lodgmans Geschick! Das ist die Antwort auf die nationalsozialistischen Anrempelungen, auf die Deklamationen der Deutschgelben über den Glanz und Schimmer, über den Idealismus und die Sittenreinheit, die allsamt ihre Partei, nach eigenen Versicherungen, vor allen anderen Parteien auszeichnen. Seht euch die Gelder und Reden, das ist der Sinn des Lodgmanischen Dolchstoßes, nur genau an! Sie wollen

„Mein Wille ist oberstes Gesetz“ Zur Praxis des Bodenamtes.

Das staatliche Bodenamt in Prag hat samt seinen 11 Distriktsämtern und 57 Kommissariaten zur Zeit Hochsaison. Noch nie ist in den fünf Jahren seines Bestandes das „Geschäft“ so glänzend gegangen wie jetzt, wo die unter dem Deckmantel der Bodenreform vorgenommene großartigste aller Tschechifizierungsaktionen im vollsten Schwunge ist.

Ein halbes Jahrzehnt hat man gebraucht, ehe die Hälfte des beschlagnahmten landwirtschaftlichen Bodens in die „Hände des Volkes“ gelangt ist — wir werten, die andere Hälfte soll in ein oder zwei Jahren verschachert sein. Die Vorbedingungen für das Gelingen dieses Projektes ist umso günstiger, als auf der einen Seite die ganze Staatsmacht in Erscheinung tritt, während auf der anderen Seite gerade jene, um deren Haut es geht, nicht nur keinen Widerstand leisten, sondern ihren Gegnern noch in die Hände arbeiten. Die sich nach Zeit und Umständen gern und kostenlos als „gutdeutsch“ aufspielenden Großgrundbesitzer bereiten durch ihr rückgratloses Entgegenkommen den tschechischen Chauvinisten den Plan ungemein, auf altem, geschicktem Wege weite deutsche Landstriche ihren raffgierigen Konnationalen in die Hände zu spielen. Um für sich aus dem Zusammenbruch ihrer geschichtlich überlebten Macht noch möglichst viel zu reiten, verklopfen die deutschen Großgrundbesitzer „im freihändigen Verkauf“ den größten Teil ihrer Güter an tschechische Geldpatrioten. Einige hunderttausend Kronen Mehrerlös und die lockende Aussicht, mehr als 250 Hektar Grund und Boden werde ihnen als unantastbares Eigentum belassen werden, sind die Triebfedern ihres für die Gesamtheit so ungemein verhängnisvollen Verhaltens. Würde nämlich das Zuteilungsverfahren durchgeführt, hätte die heimische deutsche Bevölkerung die Möglichkeit, sich zu bewerben, und da unmöglich mehr tschechische Anwärter auf Höfe, Wald, kleine Parzellen etc. vorhanden wären, wie deutsche, müßten die letzteren unbedingt entsprechend berücksichtigt werden. Nachdem aber ganze Bezirke in Bauisch und Bogen freihändig an wenige tschechische Kapitalisten verschachert werden, entfällt die im Gesetze vorgesehene, den Bodenbewerbern günstige Zuteilungsaktion und die deutschen Kleinlandwirte, Gemeinden samt den Güterbeamten und Angestellten haben das Nachsehen für immer.

So fördert die Knieweichheit des deutschen Großgrundbesitzes die Tschechifizierungsstendenzen des Staatsbodenamtes unter der zielbewußten Führung eines Dr. Viskovsky ungemein. Dazu kommt noch die Interessellosigkeit weiter deutscher Kreise, die von dem Unheil, den der zynische Mißbrauch der Bodenreform in sozialer und nationaler Beziehung in den deutschen Gebieten anrichtet, leider keine blasse Ahnung haben. Inzwischen arbeitet das Bodenamt unbeeinträchtigt weiter an der Erreichung des Zieles der

deutsche Arbeiter führen, aber mit uns, der deutschen Fabrikantenpartei, nähren sie sich aus einem Troge. Die große Partei, die „Zukunftshoffnung des deutschen Volkes“, hat bis jetzt nicht einmal den auf sie entfallenden Teil der eigenen Wahlkosten bezahlen können und muß erst durch Verhandlungen und durch ein Schiedsgericht dazu verhalten werden. Taucht nicht dabei auch die Frage auf, ob die Deutsche Nationalpartei als so unerbittlicher Gläubiger aufgetreten wäre und der Deffektivität dieses Schaengerichtes geboten hätte, wenn es zwischen ihr und den Nationalsozialisten nicht zum Kampf gekommen wäre?!

Es ist nichts Neues, was Herr Lodgman berichtet, aber als handgreiflicher Beweis ist es wichtig. Wer wagt noch zu bestreiten, daß der Nationalsozialismus ein Werkzeug der deutschen Kapitalistenklasse ist! Man wird jetzt erst voll verstehen, warum seine Wortführer den Kampf gegen Marxismus und Sozialismus, also den Kampf gegen die aufstrebende, vom Bürgertum unabhängige Arbeiterschaft als seine Hauptaufgabe erklären. Lodgmans Kommuniqué ist ein neues Dokument der Schande für den Nationalsozialismus, diese von allen wirtschaftlichen und politischen Reaktionen geförderte Bewegung!

schlimmsten tschechischen Chauvinisten. Das Schlagwort dieser, sich in das Mäntelchen des besorgten Staatsbürgers hüllenden Spekulant lautet: „Unsere Republik liegt aeorabbißig ungünstig und muß ihre Grenzen dadurch sichern, daß man dort Tschechen mit feinem nationalen Charakter ansiedelt.“ So schrieb dieser Tage ganz unverschämten offen das Organ derer um Dr. Stramarck und Dr. Lukavsky, die Prager „Rozhodni Listy“. Die maßgebenden Herren vom Verwaltungsausschuß des Bodenamtes, die seelenruhig weiter ihre Parteigeschäfte besorgen, obwohl ihr Mandat längst abgelaufrn ist, beugen sich diesem Befehl nachzukommen.

Die rund vier Millionen Hektar Grund umfassende Bodenreform soll um jeden Preis so rasch zu Ende geführt werden, daß daraus eine ungemein bedeutende Stärkung des tschechischen „Staatsgedankens“ — lies „Nationalismus“ — resultiert. Das Verfahren ist für das hiezu beauftragte Bodenamt schon deshalb leicht, weil es alle Macht und alle Rechte des uneingeschränkten Handels auf seiner Seite hat. Der Verwaltungsausschuß des Bodenamtes, den Ausschuß die Praga und diese ist die — Gesetzgeberin, die vollziehende Staatsgewalt. Derselbe Ausschuß, dessen Neuwahl von uns wiederholt ohne Erfolg im Parlament begehrt wurde, entscheidet noch immer darüber, welche Objekte nach § 3 des Bodenreformgesetzes von der Beschlagnahme ausgeschlossen, nach § 11 des selben Gesetzes von der Beschlagnahme befreit und nach § 14 von der Enteignung befreit sind; er entscheidet auch über den Vorgang, nach welchem der beschlagnahmte Grundbesitz übernommen und zugereilt wird, er gibt die Zustimmung zur Errichtung von Anstalten und Kommisariaten, er überwacht die Tätigkeit des Bodenamtes, — kurz ist neben dem Ministerrat resp. der Praga die höchste Instanz. Das Parlament, das eigentlich das Recht hätte, vom Verwaltungsausschuß Rechenschaft über die Tätigkeit des Bodenamtes entgegenzunehmen, ist von der Kontrolltätigkeit vollständig ausgeschlossen. Unter den zwölf Mitgliedern des Ausschusses befindet sich bekanntlich nicht ein Oppositioneller. Der Verwaltungsausschuß des Bodenamtes wird beherrscht von den tschechischen Agrariern, denen die tschechischen Sozialisten und tschechischen Sozialdemokraten kein sehr starkes Paroli bieten. An der Hand des nachstehend abgedruckten amtlichen Schriftstückes soll dargestellt werden, wie in der Praxis die Ansprüche der kleinen Landwirte nullifiziert werden:

Budweis, 1. August 1924.

Distriktsstelle des
Staatsbodenamtes in
Budweis.
Herrn
Dominik Leidl, Abgeordneter,
Pradzen b. Staab.

Zur Zuschrift vom 23. Juni l. J. betreffend die Bodenreform an Bewerber des Zentralverbandes der deutschen Kleinbauern und Häusler in Tschibschönau, teilt die Distriktsstelle des Staatlichen Bodenamtes mit, daß die mitgesandten Erhebungsbogen den in Betracht kommenden Kommisariaten zugestellt wurden.

Das Kommisariat in Neuhaus gibt jedoch anßer bekannt, daß die in der Katastralgemeinde Drahowitz angeforderten Wiesen vom Großgrundbesitz Bodschlag-Lichtenstein, Waldenklaven bilden und somit kein Gegenstand des Zuteilungsverfahrens sein werden.

Die in den Katastralgemeinden Neudorf, Riegerschlag, Klein-Adelnitz, Brunn, Diebling, Beuterschlag und Großammerichlag angeforder-

Zerrüttung bei den extremen Parteien

Abspaltung des radikalen Teiles der Deutschnationalen. — Kagenjammer bei den Kommunisten.

Berlin, 23. Oktober. (Eigenbericht.) Die seit der Abstimmung über die Dawesgesetze in der deutschnationalen Partei herrschende Krise ist jetzt zum offenen Ausbruch gekommen. Der deutschnationale Parteivorstand gibt bekannt, daß in seiner heutigen Sitzung der bisherige Parteiführer Hergt seinen Rücktritt erklärt habe. Sein Nachfolger ist vorläufig der preussische Landtagsabgeordnete Dr. Winkler. Dieser stammt aus der früheren konservativen Partei, ist aber sonst in der weiteren Öffentlichkeit ziemlich unbekannt. Man weiß nicht einmal, ob er zum rechten oder linken Flügel der Partei gehört. Hergt wurde das Opfer des Zwiespaltes, der durch die deutschnationale Partei geht. Die eine Hälfte will mit den Völkischen die bisherige verantwortungslose Politik fortsetzen, die andere Hälfte möchte durch ein Kompromiß mit dem republikanischen Staatssystem wieder zur Teilnahme an der Regierung gelangen. Hergt hat zu labieren gesucht, indem er durch die verlogene Politik der letzten Monate beiden Teilen Rechnung zu tragen suchte. Vielleicht wäre ihm das gelungen, wenn der Bürgerblock und die Reichsregierung zustande gekommen wäre. Die Reichstagsauflösung hat aber einen Strich durch diese Rechnung gemacht. Nun drängen die völkischen Elemente darauf, daß alle Ja-Sager bei der Abstimmung über die Dawesgesetze beiseite geworfen werden sollen, und da Herr Hergt bei dem Drang nach der Regierungsfuttertruppe sogar die sogenannte Erfüllungspolitik mitmachen wollte, muß er jetzt gehen.

Diese vorläufige Lösung der Führerkrise in der deutschnationalen Partei dürfte jedoch den völkischen Flügel nicht befriedigen. Der neue Parteivorstand ist nämlich ebenfalls Vertreter der Richtung Hergt. Es hat also nur ein Wechsel in den Personen stattgefunden, der Kampf um das System Hergt wird aber weiter gehen. Es dürfte also den Völkischen in der deutschnationalen Partei, wenn sie konsequent sind, nichts anderes übrig bleiben, als den Ausgang der Parteiführerkrise zum Anlaß ihres Austrittes aus der Partei zu nehmen. Der Teil der deutschnationalen Presse, der auf dem völkischen Flügel steht, droht auch bereits seit einigen Tagen mit der Spaltung der Partei.

Auch die kommunistische Partei geht

völlig zerrüttet in den Wahlkampf. Die „rote Fahne“ sucht diesen Zustand zwar zu bestritten, aber es gibt innerhalb der kommunistischen Partei auch Leute, die offenherzig sind. So berichtet der „Kämpfer“ in Chemnitz, daß der kommunistische Führer Rosenberg auf einer Konferenz der Parteifunktionäre bei der Besprechung der Wahlausichten erklärte, „unsere Aufgabe, die wir im Reichstag zu erfüllen haben, können wir auch mit 20 oder 30 Leuten erledigen“. Diese Äußerung ist das Eingeständnis dafür, daß die Kommunisten sich der bevorstehenden Wahlschlacht bewußt sind und selbst nicht mehr erwarten.

Berlin, 23. Oktober. Wie von nationalsozialistischer Seite mitgeteilt wird, finden seit einiger Zeit zwischen den deutschnationalen „Mein“-Sagern und dem Vorsitzenden des alldutschen Verbandes und Herausgebers der „Deutschen Zeitung“ Justizrat Claß, Verhandlungen statt, um die mit der Leitung der Deutschnationalen unzufriedenen Kreise gegebenenfalls zu einer neuen Partei zusammenzufassen. Man hofft so den rechten Flügel der Deutschnationalen vor einem Hinübergleiten in die nationalsozialistische Partei abzuhalten.

Deutschnationale Wahlaufrufe.

Berlin, 23. Oktober. Die Nationalsozialisten veröffentlichten einen Wahlaufruf, gezeichnet von Ludendorff, Graese u. a., der ganz militärisch auf die Schanzen betritt und sich scharf gegen die Annahme der Dawesgesetze und gegen die parteipolitische Einmischung der Reichsregierung in den Wahlkampf wendet. Der Wahlaufruf schließt mit der Aufforderung, trotz des nur zu berechtigten Grolls vor dem Parlamentarismus doch geschäftig zur Wahlurne zu treten.

Berlin, 23. Oktober. Die vereinigten vaterländischen Verbände veröffentlichten in den rechtsstehenden Blättern einen Wahlaufruf, der mit den Worten schließt: „Wie wieder Sozialdemokratie“, und — den Spieß umdrehend — erklärt, daß das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ den Bürgerkrieg organisiere.

ten Grundstücke wurden, sofern sie sich laut § 63 des Zuteilungsgesetzes im Zwangspacht befinden, durchwegs laut § 11 d. G. über die Bodenbeschlagnahme dem Eigentümer des Großgrundbesitzes belassen und kann sich somit das Zuteilungsverfahren auf diese Grundstücke nicht erstrecken.

Was jedoch die im Parzellenpacht befindlichen Grundstücke anbelangt, sollen dieselben zu Arrondierungszwecken dienen und können daher gegenwärtig ebenfalls nicht für die Zuteilungsaktion in Betracht kommen.

Der Vorstand:
Dr. Vega b. r.

Was dieser Bescheid eigentlich bedeutet, soll auf Grund der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen kurz erläutert werden. Die Zuweisung von Waldenklaven wird vom Bodenamt aus rein forsttechnischen Gründen abgelehnt, was an und für sich richtig sein mag, aber insofern ein Wider-

spruch ist, als in der Praxis die bisher bestehenden Enklaven den Kleinlandwirten häufig zur Benützung abgegeben wurden. Das Gesetz will die Bildung von Waldenklaven verhindern, was uns etwas anderes zu sein scheint, als wenn schon bestehende Enklaven angesprochen werden. Auf jeden Fall können nach der Auffassung des Bodenamtes und seiner Unterstellten Kleinlandwirte auf derartige Enklaven nicht reflektieren, was in walddreichen Gegenden mit wenig landwirtschaftlichem Boden eine arge Benachteiligung der ärmeren Bevölkerung darstellt.

Verhängnisvoll sind die Bestimmungen des § 63 des Zuteilungsgesetzes vom 30. Jänner 1920 für tausende Zwangspächter. Das sind jene Kleinlandwirte, denen das Bodenamt in dringenden Fällen vom beschlagnahmten Großgrundbesitz pachtweise landwirtschaftlichen Boden für die Dauer von höchstens 6 Jahren in Pacht gab. Im Absatz 3 dieses Paragraphen heißt es: „Das Bodenamt kann den Boden auch vor Ablauf der Pachtzeit anderweitig ver-

geben“. Auf diese Bestimmung und auf eine andere des § 12 des Uebernahmengesetzes vom 8. April 1920 sich stützend, wonach alle auf dem zur Uebernahme bestimmten Boden wirtschaftenden Personen sechsmonatig gekündigt werden müssen, läßt das Bodenamt durch die zuständigen Bezirksgerichte auch die Zwangspächter kündigen. Diese haben allerdings die Hoffnung, daß sie bei der zu erfolgenden Aufteilung Anspruch auf den Kauf oder Weiterpacht ihres Pachtfeldes haben, ebenso wie die kurzfristigen Pächter. Denn der § 9 des Uebernahmengesetzes vom 16. April 1919 besagt klar und deutlich: „Bei der Uebernahme des beschlagnahmten Besitzes ist derart vorzugehen, daß Personen, für welche auf dem beschlagnahmten Besitz Rechte hatten, ebenso Personen, welche gegen den bisherigen Eigentümer ein Recht aus einem Dienst-, Versorgungs- oder Pachtverhältnis haben, nicht verkürzt werden.“

Und zum Troste der Kleinlandwirte heißt es doch im § 1 des Zuteilungsgesetzes, daß der beschlagnahmte Boden bei der Zuteilung in erster Reihe an kleine Landwirte abgegeben wird und im § 14 des selben Gesetzes wird betont, daß durch die Entscheidungen des Bodenamtes das Wohl der Bevölkerung möglichst gefördert werden soll. Der § 10 des Uebernahmengesetzes spricht davon, daß der Staat den übernommenen Besitz, soweit er ihn nicht für gemeinnützige Zwecke behält, an kleinere Landwirte usw. zuteilt. Die Hoffnungen der Kleinlandwirte, bei der Bodenreform bestimmt berücksichtigt zu werden, sind also im Gesetz wohl fundiert. Aber einen Haken hat die Sache doch; denn laut § 17 des Zuteilungsgesetzes haben im Falle einer Konkurrenz die bisherigen Kleinpächter des beschlagnahmten Bodens erst in dritter Linie das Anspruchsrecht. Ihnen werden vorgezogen die Legionäre und Kriegsinvaliden. In der Praxis werden auch die heimkehrenden Auswanderer bevorzugt, obgleich sie erst in fünfter Reihe als Anwärter gesetzlich in Betracht kämen.

Aber auf die Tatsache nicht geachtet hat, daß in den gesamten Bodenreformgesetzen ein Recht auf Zuweisung von beschlagnahmten Grund und Boden an die Bewerber nicht existiert, das Bodenamt daher ganz freies Spiel hat, kann man ermesen, welches Los den nach der Auffassung der tschechischen Presse „unberücksichtigten“ deutschen Interessenten an der Bodenreform zuteil wird.

Im vorliegenden Falle wird auch der § 11 des Beschlagnahmengesetzes den Zwangs- und kurzfristigen Pächtern zum Schaden. Darnach können sich die bisherigen Besitzer nach Wahl aus dem ihnen beschlagnahmten Besitz die ihnen zustehende Fläche von mindestens 150 Hektar, resp. 250 Hektar (bei Waldbesitz) aussuchen. Nebenbei bemerkt, kann ihnen aus der beschlagnahmten Masse bis 500 Hektar belassen werden. Hier ist der wunde Punkt der Großgrundbesitzer, wo das Bodenamt mit seiner „gütlichen Einigung“ einsetzt. Formal mag die Auffassung des Budweiser Distriktsamtes korrekt sein, daß der vom bisherigen Besitzer auserwählte Boden dem Zuteilungsverfahren entzogen ist, was aber im Hinblick auf die zitierten Bestimmungen der Bodenreformgesetzte absolut nicht ausschließt, daß den bisherigen Pächtern andere Gründe zugewiesen werden können.

Es klingt wie ein schneidender Hohn, wenn in der vorstehenden amtlichen Zuschrift erklärt wird, daß die in Parzellenpacht befindlichen Grundstücke zu Arrondierungszwecken — des Großgrundbesitzes — dienen sollen. Es fehlt nicht viel und das Bodenamt würde seinen Lieblingen, den tschechischen „Edelingen“

Schredliche Rache.

Von Nikolaj Wassiljewitsch Gogol.

Aus dem Russischen übersetzt von Bruno Götz.

Hörte, Katerina, mir scheint, daß dein Vater nicht in Frieden mit uns leben will. Finster und mürrisch ist er zurückgekehrt, als ob er uns zürnte... Wenn er unzufrieden ist, — warum kam er dann? Er wollte nicht mit uns auf die Kofakenfreizeit trinken! Er hat das Kind nicht auf den Armen gewiegt! Zuerst wollte ich ihm alles anvertrauen, was mir auf dem Herzen liegt. Aber es wollte mir nicht gelingen, es verschlug mir die Rede. Nein, er hat kein Kofakenherz! Wenn sich zwei Kofakenherzen irgendwo begegnen, schlagen sie so laut, als ob sie die Brust verschlingen und einander entgegen-eilen wollten... Was, liebe Jungen, sind wir bald am Ufer? Mühen sollt ihr neue von mir bekommen. Du, Steja, kragst eine mit Samt und Gold verzierte. Ich habe sie einmal einem Tartaren zusammen mit seinem Kopfe weggenommen. Seine ganze Rüstung fiel mir zu, nur seine Seele gab ich frei. Nun, legt an! Da sind wir also schon angekommen. Ivan, und du weinst noch immer. Nimm ihn, Katerina!

Alle stiegen aus. Hinter dem Berge tauchte ein Strohdach auf: Pan Danilos alterliches Haus. Dahinter lag noch ein Berg, und dann kamen schon die Felder, und man konnte hundert Werst laufen, ohne auf einen Kofaken zu stoßen.

3

Das Landgut Pan Danilos liegt zwischen zwei Bergen in einem engen Tal, das auf den Dnjepr zuläuft. Die Gebäude sind nicht hoch. Das Haus sieht von außen wie das eines einfachen Kofaken aus und enthält nur ein einziges helles

Zimmer; aber es ist Platz genug da für ihn selbst, für seine Frau, eine alte Dienerin und zehn aus-erlesene junge Burshen. Eichen Borie laufen oben den Wänden entlang. Dicht aneinander-gereiht stehen dort Schüsseln und Gefäße für die Mahlzeiten. Silberne Becher, in Gold gefasste Pokale, zum Gesch. n. n. erhaben und im Krüge erbeutet, befinden sich unter ihnen. Etwas tiefer hängen kostbare Musketen, Säbel, Pistolen und Lanzen; freiwillig oder unwillig haben Tartaren, Türken und Polen sie lassen müssen, daher sind viele von ihnen schwarz. Wenn Pan Danilo sie anschaut, so waren sie für ihn die Wahrzeichen seiner Taten. Unter an der Wand ziehen sich glatte gebobelte Eichenbänke hin, und daneben, vor der Ofenbank, hängt die Wiege an Striden, die man durch einen an der Zimmerbede befestigten Ring gezogen hat. In der ganzen Stube ist der Fußboden glatt gestampft und mit Lehm überstrichen. Auf den Wandbänken schläft Danilo mit seiner Frau, auf der Ofenbank die alte Dienerin; in der Wiege spielt und schaukelt das Kind; auf dem Fußboden schlafen die Burshen. Der Kofak schläft aber lieber auf der wackeln Erde unter dem weiten Himmel, er hat nicht Daunentissen, noch Federbett nötig: er legt sich frisches Heu unter den Kopf und streckt sich frei im Gras aus. Es macht ihn froh, wenn er mitten in der Nacht erwacht, in den hohen sternbesäten Himmel zu schauen und von der Nachkälte erschauern, die die Kofakennochen frisch erhält; sich drehend und im Halbafschlaf murrend, zündet er sich eine Pfeife an und hüllt sich fester in seinen warmen Pelz.

Nicht allzufrüh erwachte Buruljbasch nach dem gestrigen Festtage. Er stand auf, setzte sich in die Ecke auf eine Bank und begann einen neuen, von ihm eingetauschten türkischen Säbel zu schleifen; Pani Katerina aber machte sich daran, ein Seidentuch mit Gold zu besticken. Auf einmal trat Katerinas Vater ein, mürrisch und finstern, mit einer fremdländischen Pfeife

zwischen den Zähnen, ging auf die Tochter zu und begann, sie barsch auszufragen, warum sie so spät heimgekehrt sei.

„Meber solche Dinge hast du nicht sie, sondern mich zu befragen, Schwiegervater! Nicht die Frau, sondern der Mann antwortet. So gehst du einmal bei uns zu, ärgere dich nicht!“ sagte Danilo, ohne von seiner Arbeit abzulassen. „Wo anders herrschen vielleicht andere Sitten, davon weiß ich aber nichts.“

Das mürrische Gesicht des Schwiegervaters verfärbte sich, und in seinen Augen blitzte es wild auf. Wer soll sich um die Tochter kümmern, wenn nicht der Vater?“ murrte er vor sich hin. „Nun gut, ich frage also dich: wo hast du dich bis in die späte Nacht herumgetrieben?“

„Das klingt schon anders, lieber Schwiegervater! Darauf will ich dir sagen, daß ich schon lange nicht mehr zu denen gehöre, die von Weibern in Windel gewickelt werden. Ich weiß, wie man zu Pferde sitzt, verstehe einen Säbel zu führen und kann noch allerlei... Ich verstehe es auch, keine Rechenschaft darüber abzugeben, was ich tue.“

„Ich sehe, Danilo, ich weiß du suchst Streit. Wer heimlich tut, hat sicher etwas Liebles vor.“

„Denk dir, was du willst“, sagte Danilo, „ich denke mir ebenfalls das Meinige. Ich bin, Gott sei Dank, noch nie in eine unfaubere Sache verwickelt gewesen, habe immer für die Heimat und die Rechtgläubigkeit gekämpft und mich nicht wie gewisse Bogabunden Gott weiß wo herumgerieben, während die Rechtgläubigen auf Tod und Leben kämpften. Und nun wollen jene Landstreicher das nicht von ihnen gefähte Korn einern. Sie gleichen nicht einmal den Unkieren: sie schauen nie ins Gotteshaus hinein. Diese Leute sollte man von Rechtswegen fragen, wo sie sich herumtreiben.“

„Du, Kofak, damit du's weißt... ich schicke schlecht: erst bei hundert Faden Entfernung trifft meine Kugel ins Herz; und auch als Fechter kann

ich mich nicht recht sehen lassen: wen ich zusammenhaue, von dem bleiben nur so kleine Stücke übrig, wie die Körner, aus denen die Weiber Grütze kochen.“

„Ich bin bereit“, sagte Pan Danilo und schlug mit dem Schwert led ein Kreuz in die Luft, als ob er gewußt hätte, wozu er es geschliffen.

„Danilo“, schrie Katerina laut auf, packte seinen Arm und hing sich an ihm fest, „bedenke, du Wahnsinniger, schau hin, gegen wen du die Hand erhebst. Vater, deine Haare sind weiß wie Schnee, aber du hast dich erhitzt, wie ein unreifer Burshen.“

„Weiß!“ donnerte Pan Danilo wütend, „du weißt, ich liebe das nicht. Kummere dich um deinen Weiber!“

Furchbar kitzelten die Säbel; Eisen schlug auf Eisen, und die Kofaken unsprubten sich mit Funken wie mit Staub. Weinend war Katerina in ein anderes Zimmer gelaufen, warf sich aufs Bett und stopfte sich die Ohren zu, um die Säbelhiebe nicht zu hören. Aber die Kofaken schlugen sich nicht so schlecht, daß man ihre Hiebe überhören konnte. Das Herz wollte ihr in Stücke zerspringen. Durch ihren ganzen Leib hörte sie die Schläge dringen: Lu, lu. „Ich halt es nicht aus, ich halt es nicht aus... Vielleicht schlägt das rote Blut schon wie ein Springquell aus dem weißen Leibe, vielleicht verläßt meinen Liebsten schon die Kraft — und ich liege hier!“... Und leich und mit versagendem Atem lief sie zu den Kämpfenden zurück.

Gleichmäßig und furchbar schlugen sich die Kofaken. Weder der eine, noch der andere gewinnt Ueberhand. Bald greift Katerinas Vater an — und Danilo weicht zurück; bald greift Danilo an, und der finstere Alte weicht zurück. Und beide stehen wieder gleich. Wüend holen sie weit aus... Bei, wie die Säbel laufen... Und während stiegen die Klinge feilich. (Fortsetzung folgt.)

noch den gesamten Besitz der deutschen Landwirte zuzuschauen! Nach dem § 25 des Zuteilungsgesetzes sollen die Erwerber von Restgütern zur Führung größerer Unternehmungen besonders befähigt sein. Wie wenig diese Bestimmung in der rauhen Wirklichkeit vom Bodenamt beachtet wird, ist männiglich bekannt. Bankdirektoren und Hoteliers zählen gewöhnlich nicht zu den landwirtschaftlichen Fachleuten.

Wenn die Frage aufsteht, ob die vom Bodenamt bei der Durchführung der Bodenreform im deutschen Gebiet allgemein geübte „gütliche Einigung“ unter Umgehung des Zuteilungsverfahrens im Gesetze irgendwo begründet sei, wird das Staatsbodenamt nicht in Verlegenheit geraten. Es wird nämlich hinweisen auf die Bestimmung des § 14 des Uebernahmengesetzes, wo es heißt, daß es der Kündigung des beschlaggenommenen Besitzes nicht bedarf, „wenn sich das Bodenamt über die Uebernahme ohne Kündigung mit dem Eigentümer und den zur Bewirtschaftung berechtigten Personen verständigt“. Obendrein kann noch hingewiesen werden auf den § 7 des Gesetzes vom 11. Juni 1919 über das Bodenamt, wonach in den Wirkungsbereich desselben auch gehört, „die Erteilung der Zustimmung zur Veräußerung, Vermietung, Verpfändung und Teilung des beschlaggenommenen Grundbesitzes (§ 7 des Beschlagnahmengesetzes)“.

Die Bodenreformgesetze sind trotz aller juristischen Mängel eben fabriziert, daß das selbstherrliche Bodenamt unter günstigen Verhältnissen — mangelnder Widerstand gegen Mißbräuche — stets Recht behalten muß. Es kann seine Unterstellen erwiebenermaßen beauftragen, daß die Ansprüche der deutschen Bewerber „umgangen“ werden sollen, ohne daß irgend eine staatliche Behörde Schritte zur Wahrung des Gesetzes einleiten würde.

Die Art der Durchführung der Bodenreformgesetze hängt einzig und allein vom Willen der politischen Machthaber des Staates ab. Hätten wir eine wahrhaft sozialistische Regierung oder nur eine solche, in der ein starker sozialistischer Einschlag herrscht, würde die Praxis des Bodenamtes wahrlich eine andere sein als heute, wo der tschechische Nationalismus seine höchsten Triumphe feiert. Sein Wille ist oberstes Gesetz.

J. Sch.

Deutschnational-nationalsozialistische Berrechnung.



„Für Ihre dem Unternehmertum geleisteten Dienste haben Sie folgendes zu bezahlen: ...“

Inland.

Am Dr. Kubicek.

Wir haben gestern über den Konflikt in der tschechischen nationaldemokratischen Partei, der vorläufig mit der Resignation Dr. Stranzky auf seine Mitgliedschaft im mehrfachen Vollzugsausschuß der Partei geendet hat, berichtet. Neuerdings zeigt es sich, daß sich auch in der zweiten führenden Partei der tschechischen Bourgeoisie, in der tschechischen agrarischen Partei ein beträchtlicher Zwiespalt bemerkbar macht. Zum Konflikt mit Prasek tritt dort noch der Konflikt mit dem gemessenen Abgeordneten Kubicek.

Dr. Kubicek wurde bekanntlich im Jahre 1923 aus der tschechisch-agrarischen Partei ausgeschlossen und mußte sich seines Abgeordnetenmandates begeben. Nun will Dr. Kubicek bei den nächsten Wahlen wieder kandidieren und hat deshalb im Königinhofer Gebiet eine lebhafteste Kampagne für seine Rehabilitierung eingeleitet. Der Vollzugsausschuß der tschechischen Agrarpartei hat sich mit dem Fall Kubicek neuerlich befaßt und folgenden Beschluß bekanntgegeben:

„Da im Königinhofer Gau neuerdings die Angelegenheit Kubicek aufgewirbelt wird, spricht der Vollzugsausschuß der Partei die Ueberzeugung aus, daß Beschlüsse der Partei unter allen Umständen eingehalten und im Interesse der Disziplin darauf geachtet werden müsse, daß das Programm und Organisationsstatut der Partei von niemandem übertreten werde. Die Partei kann und will niemanden hindern, eine neue Organisation oder eine neue Partei zu gründen, beharrt aber beharrungslos darauf, daß ihre Mitglieder dem Programm der Partei gemäß handeln und sich nach dem Organisationsstatut der Partei richten. Die Ausschließung Dr. Kubiceks aus der Partei dauert nach wie vor fort.“

Trotz dieses Beschlusses ist es mit der Einigkeit in der tschechischen Agrarpartei nicht so weit her und die Anhänger Kubiceks und Praseks werden wohl ihre Winterarbeit gegen die derzeitige Parteileitung, die sie der Sozialistenfreundlichkeit zeihen, fortsetzen. Daß ihnen ein größerer Erfolg bei dem gebundenen Wahlsystem nicht blühen wird, weiß Ministerpräsident Svoboda sehr gut und daher auch seine energische Sprache im Kommunique.

Der an-erb'iche Mord in Dombrau.

Im Arbeiterhaus in Dombrau fand dieser Tage eine Unterhaltung statt. Hernach ging der Vertrauensmann der Kommunisten, Anton Harod, Vorsitzender des Betriebsrates des Tiefbaubetriebes, nach Hause und wurde von bisher unbekanntem Täter überfallen und so schwer verwundet, daß er nach wenigen Stunden seinen Verletzungen erlag. Die kommunistische Presse versucht nun, diese Tat als politischen Mord hinzustellen. Die Kommunisten begehnen die Niedertracht, eine ganz gewöhnliche Wirbeldrüsenerkrankung mit tödlichem Ausgang als politischen Mord, begangen von einem Sozialdemokraten an einem Kommunisten, auszuweisen. Im Ostrau-Karwiner Revier finden Betriebsräte wahlen statt und so handelt es sich um einen Fall schamloser kommunistischer Wahlmanipulation. Der eigentliche Sach-

verhalt ist nach der „Volkspresse“ folgender: Es wurde eine Hochzeit gefeiert. Der Höhepunkt der Feier war eine Kauferei, bei welcher auch Messer verwendet wurden. Ein daran beteiligter kommunistischer Kandidat erhielt nun einen Messerschlag, an dem er starb. Das postum den Kommunisten in ihre Wahlagitacion. Flugs wurde daraus ein politischer Mord gemacht, der Totschläger zu einem Sozialdemokraten gestempelt, obwohl er noch vor kurzem Mitglied der kommunistischen Partei war.

Betriebsrätewahlen.

Vorsprung der tschechischen Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten im Ostrauer Revier.

Am 22. Oktober fanden im Ostrauer Revier die Wahlen in die Betriebsräte der Kohlengruben statt.

Bei der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft sind die Ergebnisse von zehn Gruben bekannt: ausständig sind noch die Resultate von zwei Gruben. Es wurden gewählt: 29 Sozialdemokraten (gegen 25 im Jahre 1922), 49 Kommunisten (40), drei Kandidaten der Brdenst-Partei (vier), ein Nationalsozialist, drei Christlichsoziale (einer).

In den Wittkowiher Gruben sind die Ergebnisse aus sechs Gruben bekannt und aus fünf noch unbekannt. Es erhielten: Die Sozialdemokraten 30 (24), die Kommunisten zehn (zwölf), die Christlichsozialen zwei (ein) Mandate.

Von den Nordbahngruben liegen die Ergebnisse aus acht Betrieben vor. In diesen wurden 35 (35) Sozialdemokraten, 19 (24) Kommunisten, ein Nationalsozialist und fünf Christlichsoziale gewählt.

Die Wahlergebnisse aus zwei Gruben in Orlau-Lazn (aus dreien sind sie bisher noch nicht eingetroffen) sind folgende: Die Sozialdemokraten erlangten vier (fünf), Kommunisten 13 (13) Mandate.

Parisch-Mönich-Gruben: Ergebnisse aus vier Gruben (aus einer fehlt noch das Resultat: Sozialdemokraten 20 (20), Kommunisten 14 (12), Nationalsozialist keiner (zwei), Christlichsoziale einer.

Wilezet-Gruben: Ergebnisse aus fünf Betrieben: Sozialdemokraten sieben (sieben), Kommunisten elf (elf).

Ostrau-Karwiner Gruben: Sozialdemokraten zwei (drei), Kommunisten sechs (vier). In den zwei Gruben der Alpinen-Montagegesellschaft wurden fünf (sechs) Sozialdemokraten und sechs (sechs) Kommunisten gewählt.

Von den bisher bekannten Gesamtergebnissen aus 38 Betrieben erhielten die Sozialdemokraten 132 (125), die Kommunisten 129 (133), die Nationalsozialisten zwei (kein), die Christlichsozialen elf (zwei), die Brdenst-Partei drei (vier) und die Polnischnationalen kein (zwei) Mandate. Aus zwölf Betrieben liegen die Ergebnisse noch nicht vor.

Deutsche Majorität in den Wittkowiher Werken.

Am selben Tage fanden auch die Wahlen in die Beamtenausschüsse der Wittkowiher Eisenwerke statt. Von 2033 Wählern fanden sich 1792 ein. Es wurden 1648 gültige Stimmen abgegeben. Die deutschen Kandidaten erhielten 1273, die tschechischen 375 Stimmen. Die Deutschen haben demnach zehn, die Tschechen zwei Vertreter.

Das Budget und die Staatsangestellten.

Das staatliche Budget für 1925 wurde in Druck gegeben. Der Ministerrat hat noch einige weitere Abstriche und dann die Schlusredaktion durchgeführt. Im Zusammenhang mit dem Budget kommt es laut „Ceffe Slov“, zur Lösung der unhaltbaren materiellen Verhältnisse der Staatsangestellten. Die Post „Personalauslagen“ wurde nicht herabgesetzt, der präliminierte Personalaufwand beträgt über 8.1 Milliarden. Was die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Staatsangestellten, wie Umfinanzierung der Altpensionisten, Ortszulagen, Hochschulf- und Richterzulagen betrifft, werden alle diese Fragen gleichzeitig mit der Beratung des Budgets gelöst werden. Aus diesem Grunde beordert der Parteivorsitzende das Statistische Amt seine vorläufigen Arbeiten, die eine Voraussetzung für alle Reformen und Fragen der Staatsangestellten sein sollen. Allerdings ist bisher die Art des Erfasses nicht gelöst, den die Erfüllung der Forderungen verlangt, und es wird nun ein Weg gesucht, in welcher Weise ein entsprechender Geldbetrag erpart werden könnte. Es wurde eine besondere fünfgliedrige Kommission der koalitierten Parteien eine sogenannte Beamtenkommission, eingesetzt, die mit den vorbereitenden Arbeiten bezüglich der erwähnten Aktion der Regelung der Gehälter der Staatsangestellten betraut wurde. Diese Kommission soll mit ihrem Elaborat längstens bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung fertig sein.

Die deutschen Kriegobeschädigten beim Minister für soziale Fürsorge. Am 21. Oktober wurde eine Abordnung des Bundes der Kriegsverletzten, Witwen und Waisen der Tschechoslowakischen Republik, mit dem Sige in Neuchâtel, unter Führung des Bundesvorsitzenden Lepin vom Minister für soziale Fürsorge empfangen, welche die dem Ministerium für soziale Fürsorge überreichte Eingabe um Erhöhung der Teuerungszulagen zu den Kriegsbeschädigten-Grundrenten auf 100 Prozent ab 1. Jänner 1925 persönlich begründete. Der Sprecher Lepin führte in seinen Ausführungen an, daß die Abordnung im Namen der 94.000 Kriegsinvaliden, Kriegswitwen, Waisen und Kriegsetern, welche im Bunde der Kriegsverletzten, Sige Reichenberg und der diesem Bunde angeschlossenen Bünde der Kriegsbeschädigten in Deutschland, mit dem Sige in Chemnitz und für Oesterreich mit dem Sige in Wien, organisiert seien, beim Minister die Forderung auf Erhöhung der Teuerungszulagen vertrete. Der Minister gab die von der Abord-

nung vorgebrachten Gründe als stichhaltig zu und versprach, sich dafür einzusetzen, daß die augenblicklich gezahlte 50prozentige Teuerungszulage beibehalten werde und womöglich den herrschenden Teuerungsverhältnissen angemessen werde.

Sie haben Vertrauen zu Dolansky... Dolansky ist „gerettet“, denn der Exekutivausschuß der Volkspartei in Wärien hat nach Anhörung der Berichte der Parteiminister Dr. Dolansky und Sromek beiden das „uneingeschränkte“ Vertrauen ausgesprochen, besonders dem Justizminister Dr. Dolansky, wobei er gleichzeitig die „unbegründeten“ Angriffe, die in der letzten Zeit gegen dessen Person unternommen wurden, verurteilte. Der Exekutivausschuß trug der Parteileitung auf, auf der Linie der Sparsamkeit in der staatlichen Verwaltung zu beharren. Ein wenig Sparsamkeit auch in der Konfiskationswut — wie wäre es damit?

Der Senat ist für Donnerstag, den 30. Oktober, auf sechs Uhr abends einberufen.

Telegramme.

England im Wahllieber.

Gewalttätigkeiten bei Wählerveranstaltungen. Lloyd George prophezeit ein konservatives Kabinett.

London, 23. Oktober. (Neuter.) Die Störung von Wählerveranstaltungen im ganzen Lande artet in Gewalttätigkeiten aus. Das Meeting der Konservativen in London schloß mit einer wahren Schlägerei, bei welcher mehrere Personen verletzt wurden. Sir Robert Horne wurde daran verhindert, bei einem Meeting in Glasgow zu sprechen, wo es zu wilden Szenen kam.

London, 23. Oktober. (Eigenbericht.) Der englische Wahllampf hat seinen Siedepunkt erreicht. Die Leidenschaft äußert sich in sehr zahlreichen Störungen der Wählerveranstaltungen. Lloyd George erklärte in einer Wählerversammlung, daß nach den Wahlen mit Sicherheit die konservative Partei an die Ruder kommen werde. Die Liberalen würden jedenfalls die Konservativen unterstützen. Auf die Frage, wie sich die Liberalen verhalten würden, entgegnete Lloyd George: „Wir werden nie einer guten Maßnahme der konservativen Regierung unsere Zustimmung verweigern, nur weil es eine Maßnahme der Konservativen ist; wir werden allerdings, wenn uns Vorschläge der Regierung bedenklich und gefährlich erscheinen, ohne Rücksicht auf die Folgen dagegen stimmen.“

Die Zollfrage als Zankapfel zwischen Liberalen und Konservativen.

London, 23. Oktober. (AN.) Die Erklärung Baldwin's, daß die konservative Partei, falls sie zur Regierung gelangen sollte, wieder einen Antrag auf Einführung von Reichsvorzugs- und Einfuhrzöllen einbringen werde, hat in liberalen Kreisen die Zollfrage neuerdings in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Die liberalen Kandidaten in Manchester haben ein Manifest erlassen, worin erklärt wird, daß es unmöglich sei, den Ueberseehandels Reichsvorzugszölle zu gewähren, ohne gleichzeitig die Zölle auf die in England eingeführten Lebensmittel und landwirtschaftlichen Produkte zu überwälzen. In dem Manifest wird ferner betont, daß Mandatgeber bei den letzten Wahlen alle konservativen Kandidaten bis auf einen abgelehnt haben, was man als Ergebnis des Kampfes der Konservativen gegen den Freihandel ansehen müsse.

Die Radiopartei gegen den König.

Belgrad, 23. Oktober. Die kroatische nationale Volksvertretung, das sind die Abgeordneten der republikanischen Radiopartei, nehmen heute in einer außerordentlichen Sitzung zu den politischen Vorgängen der letzten Tage Stellung. In dem nach der Sitzung veröffentlichten Kommuniqué wird in schärfster Weise jeder Versuch der Krone, auf die Entscheidungen des Parlamentes, insbesondere auf die Wahl des Parlamentspräsidenten, einzuwirken und ein absolutistisches Regime vorzubereiten, verurteilt. Die kroatische nationale Volksvertretung verstehe es nicht, wie die Krone an eine Mitwirkung von Elementen denken könne, die der Korruption angeklagt sind, weil dies den Eindruck erwecken könnte, als ob die Korruption an höchster Stelle Schutz finde. Schließlich tritt die kroatische nationale Volksvertretung für die Bildung einer Konzentrationsregierung unter Ausschluß korruptiver Elemente und der selbständigen Demokraten (Bribecvic-Gruppe) ein, welche die Neuwahlen durchzuführen hätte.

Weinlicher Eindruck in Belgrad.

Belgrad, 23. Oktober. Heute abends wurde Ministerpräsident Davidovic und der Finanzminister vom König empfangen. Nach der Audienz erklärten die Minister den Journalisten, daß die von den kroatischen Abgeordneten heute in Agram gefasste scharfe Resolution in Belgrad einen sehr peinlichen Eindruck in allen politischen Kreisen hervorgerufen habe. Das heutige Auftreten Radic's und seiner Parteigenossen habe die Position des Regierungsbundes wesentlich erschüttert, so daß die Aussicht auf ein Verbleiben des Kabinettes Davidovic im Amte minimal geworden sei.

Die Mordorganisation „C“ vor Gericht

Leipzig, 23. Oktober. (Eigenbericht.) In dem Prozeß gegen die Mitglieder der Geheimorganisation „C“ dauerte heute das Verhör der Angeklagten fort. Es diente sich auch heute um den geheimen Charakter der Organisation und deren Betätigungsfeld. Bei der Erörterung der Frage, inwiefern die Angeklagten am Rathenau-Mord beteiligt waren, erklärte der Angeklagte Hoffmann, daß er mit dem Rathenau- und Scheidemannattentate nichts zu tun gehabt habe. Dem schlossen sich die übrigen Angeklagten an.

Ueber den geheimen Charakter der Organisation befragt, erklärte der Angeklagte Müller, daß der von ihm entworfene Teil der Satzungen sich auf die Aufgabe bezogen habe, einen geheimen militärischen Verband aufzustellen. Die Satzungen hätten nur deswegen Aufsehen erregt, weil Birch im Reichstage sie heftig angegriffen und Scheidemann von Mordorganisationen gesprochen habe. Der Vorsitzende betonte, daß der Verdacht des Bestandes einer gewissen Mordzentrale wohl begründet war, denn Tillesen und Schulze seien unter Mitterling tätig gewesen.

Ein Antrag der Verteidigung, die bisher geheim gehaltenen Teile der Angeklagten, deretwegen die Öffentlichkeit bei einem Teil der Verhandlungen ausgeschlossen wurde, in öffentlicher Sitzung zur Beurteilung zu bringen, wurde abgelehnt. Nach Beendigung der Vernehmung über die Vorgänge in der Münchener Zentrale wird sodann das Verhör über die Vorgänge in den einzelnen Reichsbezirken aufgenommen.

Das Ergebnis der norwegischen Wahlen.

Keine tragfähige Mehrheit. — Niederlage der Kommunisten.

Christiania, 23. Oktober. (AP.) Nach den Endergebnissen der Stortingwahlen werden die Konservativen und die Bauernpartei eine Mehrheit von einem oder zwei Mandaten erzielen. Sie werden 76 oder 77 Mandate gegen 74 oder 73 Mandate der anderen Parteien haben. Die Gesamtzahl der für die verschiedenen Parteien im ganzen Lande abgegebenen Stimmen ist: Konservativ 315.000, Bauernpartei 131.000, Radikale 181.000, Arbeiterpartei 174.000, Sozialisten 85.000, Moskauer Kommunisten 57.000, demokratische Arbeiterpartei 15.000.

Das Hauptorgan der Bauernpartei „Nationen“ und das Organ der Radikalen „Dagbladet“ wies darauf hin, daß in dem neuen Storting keine Mehrheit sein werde für die Beseitigung der Prohibition. Diese Frage werde wahrscheinlich im Jahre 1926 durch ein Plebiszit gelöst werden.

Die dreizehnte Regierung wird in ihrem Amte verbleiben und die Zellungnahme des neuen Storting ihr gegenüber abwarten. Die Zahl der Abgeordneten der Moskauer kommunistischen Partei ist von vierzehn auf sechs zurückgegangen.

Ausland.

Wo sie sich finden.

Nadda und Jung arrangieren in Wien Arawalle.

In der Volkshalle des Wiener Rathhauses fand Mittwoch eine Versammlung statt, in der die Abgeordneten Nadda und Jung über: „Unterdrückung des Deutschtums in der Tschechoslowakei“ sprachen. Nach der Versammlung führten Jung und Nadda ihre Geirenen zu einem kleinen Stadion auf die Straße. Die Demonstranten zogen in die Rudolfsstraße, wo die Wiener Sakralkreuzer eine Protestversammlung gegen das Einreiseverbot für Hitler abhielten. In dieser Versammlung sprach auch A. S. Wolf reichreichen Angehörigen. Er brach den Stab über den Großdeutschen, die das Einreiseverbot zugelassen haben, und schwor zur nationalsozialistischen Bewegung. Inzwischen riefen der Nationalsozialist Jung und der Gefühlsbruder der verkemten Großdeutschen, der Deutschnationale Nadda, mit ihrer Schar an. Nach der Vereinigung beider Armeen kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei und zu Demonstrationen. Nach Mitternacht trat Ruhe ein und die völkischen Wahlen legten sich. Bezeichnend ist, daß sich Jung und Nadda zur selben Zeit in Wien zu Arawallen zusammenfinden, da ihre Parteien dabei einander in den Haaren liegen.

Die Wahlen in der österreichischen Wehrmacht.

Die Vertrauensmännerwahlen in der österreichischen Volkswehr sind nunmehr abgeschlossen. Sie haben den Sozialdemokraten einen großen Erfolg gebracht, da der freigeigevershaftliche Militärband 225 Mandate, der christlich-sozialen Wehrbund aber nur 23 Mandate, das ist ein Drittel der gesamten Mandatszahl, erlangt hat. Die Stimmen, die für den Militärverband abgegeben wurden, sind allerdings um einiges zurückgegangen und auch unsere inländische christlich-soziale Presse freut sich des „großen“ Erfolges ihrer Parteigenossen. Man muß aber berücksichtigen, daß das Heeresministerium in Oesterreich seit vier Jahren in christlichsozialer Verwaltung ist, daß besonders während der Ministerchaft des Herrn Vaugoin systematisch an der Entpolitisierung des Heeres gearbeitet wurde, das heißt an seiner Durchsetzung mit Monarchisten und Merikalen. Bei den Affentierungen wurden nur er-

probte reaktionäre Leute in das Heer aufgenommen und auch sonst hat Vaugoin durch allerlei Schikanen den Sozialdemokraten ihr Wirken unter den Wehrmännern unmöglich zu machen gesucht. Für die Wahlen hat Vaugoin seit langem lebhafte Propaganda entfaltet, bei der er sich aller Disziplinarmittel der Wehrmacht bediente. Außerdem ist bei dem kleinen Stimmrückgang der Sozialdemokraten zu berücksichtigen, daß seit den letzten Wahlen 10.000 Wehrmänner abgebaut wurden. Das Ergebnis der Wahlen ist alles eher als ein Erfolg der Christlichsozialen, es ist im Gegenteil ein sozialdemokratischer Sieg und gibt die Gewißheit, daß die österreichische Wehrmacht weiter im Dienste der Republik stehen wird.

Kein Kompromiß zwischen Herriot und Kom. Ministerpräsident Herriot erklärte im Finanz-ausschuss, er beabsichtige, bezüglich der Vertretung beim Vatikan, von der Regierungserklärung nicht abzuweichen. Er setzte auseinander, daß die Vollendung des Postfaktors beim hl. Stuhle weder vom weltlichen noch vom sakralen Standpunkte aus berechtigt ist. Betreffs Esch-Verträgen könne von einem rechtsültigen Konkordat nicht gesprochen werden. — Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Nachricht des „Eclair“, derzufolge die Stapan der kleinen Entente bei der französischen Regierung vorgeschlagen haben, um sie zur Weiserfassung des Esch-Vertrages zu bewegen. Die Tschechoslowakei habe sich ebenso in Jugoslawien für die Aufrechterhaltung der Beziehungen mit dem Vatikan verwendet. Das Blatt bemerkt dazu, daß auch die Sowden, in denen es nicht römisch-katholische Kirchen gebe, den Katholizismus ernst nehmen und ihn nicht als eine „Du-müte negligable“ betrachten können. Man fragt sich bei dieser Nachricht wirklich, welches Interesse die tschechische Regierung davon hat, dem Kabinett Herriot Herriotke Ratschläge zu erteilen. Was sagen die tschechischen Sozialdemokraten zu derartigen Seitenstößen des Außenministeriums?

Tages-Neuigkeiten.

Der liebe Leser möge entschuldigen.

Nicht unsere Leser und nicht wir sind gemein. Entschuldigen mögen vielmehr die Leser des „Vorwärts“ worum dieses Blatt auch ganz inständig bittet. In einer ellenlangen Notiz werden die Bedauernden, denen täglich der „Vorwärts“ zur Lesart vorgelegt wird, höflich ersucht, zu entschuldigen, daß sich das Blatt seit einigen Monaten fast mit nichts anderem mehr beschäftigt als mit der Diskussion, die im kommunistischen Lager ausgebrochen ist. Man begreife zwar, daß die verehrten Leser — die ihrem Wissen jezt wohl schon allzu deutlich Ausdruck geben — täglich Brechreiz empfinden, wenn sie die ungeheuren Produkte der Diskussionschreiber vorgesetzt bekommen, die auf die Dauer kein Magen verdauen kann, aber es geht um die allerwichtigsten Dinge. Die Diskussion ist so bedeutend, daß sie von nun an in einer Reihe abgeführt werden wird. Das werde zwar allerhand Geld kosten, aber auf diese Weise werden die Leser dann mit dieser rein archaischen Angelegenheit nicht mehr strapaziert werden. Und schließlich: die ganze Geschichte dauert ja jezt nur noch wenige Tage, bis zum Parteitag. Das Kerze ist schon geschafft.

Sei, das ist eine Lust, wie es den Kommunisten göllt ist, „ran an die Massen“ zu kommen! Diese Massen jongen nämlich langsam an auf den ganzen Rehl zu pfeifen, der ihnen Tag für Tag serviert wird. Weltrevolution in Form von Kilometerlangen Diskussionen bei denen absolut nichts herankommt und die das Chaos in der kommunistischen Partei immer nur vergrößern — dazu sind wir — sagen sich die kommunistischen Arbeiter — der Sozialdemokratie untreu geworden? Gegen unsere früheren Führer hat man uns gehetzt, damit wir jezt das Schauspiel erleben, wie die braven und die schlechten Schüler Moskaus einander die Haare anraufen? So sagen sie und so kommt es, daß der kommunistische Arbeiter diskussionsstrebend und im übrigen nur „himpf-wütigen“ „Vorwärts“, der einmal bessere Tage gesehen hat, bei Seite legt. Das dürfte man in der Verwaltung des „Vorwärts“ unangenehm verspüren, was andererseits wieder die Redaktion veranlaßt, den Rest der lieben Leser um Gnade zu bitten und ihnen zu versprechen, daß die so interessante und hochwichtige Diskussion von nun an nicht mehr als tägliches Hauptgericht, sondern als Beilage aufgetragen werden wird.

Ein wenig zu spät. Die Arbeiter vertragen die ganze Kost nicht mehr.

„Die Rücksicht auf die betreffenden Personen“. In der „Warnsdorfer Abwehr“ lesen wir:

In den vergangenen Monaten sind in Warnsdorf wiederholt Stillschleissdelikte zur Anzeige gebracht worden, die aber mit Rücksicht auf die betreffenden Personen der öffentlichen Diskussion entzogen wurden.

Es müssen gewichtige Gründe für so viel „Rücksicht“ vorhanden gewesen sein. Jedenfalls waren es keine Arbeiter, die sich gegen die Stillschleissdelikte vergangen haben, denn ihnen gegenüber hätte man wahrscheinlich nicht soviel Rücksicht walten lassen. Wer waren aber dann die „betreffenden Personen“? Vermutlich wohlhabende Bürger, vielleicht stilschleiss-erzogene, die die Beachtung des schlechten Gebotes an d e r e n predigen, selber aber ihren verschie-

denen Gelüsten freien Lauf lassen. Und die Polizei und natürlich auch das bürgerliche Blatt haben für diese Gattung Menschen Verständnis genug, daß sie „mit Rücksicht“ auf die betreffenden Personen“ deren Schweinereien schonungs-voll verhalten. Auch eine Moral; aber eben bürgerliche.

Der Tod in der Grube. Dienstag nachmittags wurde der 54jährige in Lindau weohnhafte Schutz-messer Otto Granzner, der am Herfuleschrad bei Maltshauern beschäftigt ist, von einem in voller Fahrt bergab befindlichen beladenen Aehlenbunt umgerissen und überfahren. Mit Arm- und Bein-brüchen und schweren inneren Verletzungen wurde der Verunglückte in das Prätzer Krankenhaus gebracht. Kurze Zeit nach seiner Einlieferung erlag er den Folgen des Unglücksfalles. Der Tod Granzners ist um so erschütternder, als er verheiratet und Vater von acht Kindern war, die nun ihres Ernährers beraubt sind.

Die Leiche Sienkiewics in Prag. Die sterblichen Ueberreste Sienkiewics trafen gestern früh um 6.40 Uhr am Wiener Westbahnhof ein, von wo der Wagon auf dem Franz-Joseph-Bahnhof dirigiert wurde. Die Vertreter der tschechoslowakischen Gesandtschaft legten auf dem Sarg Sienkiewics einen Lorbeerkranz nieder mit der Aufschrift: „Dem Genius der brüderlichen Nation — die tschechoslowakische Gesandtschaft in Wien“. Um halb 2 Uhr nachmittags fuhr der Zug mit dem Leichnam Sienkiewics von Wien ab und langte abends in Prag ein. Hier fand auf dem Wilsonsbahnhof ein feierlicher Trauerempfang statt, worauf die Leiche Sienkiewics ins Pantheon des Landesmuseums überführt wurde. Heute nachmittags wird die Leiche des Dichters nach einer feierlichen Trauerfeier durch die Straßen Prags wieder zum Bahnhofs geführt werden.

Die Ausgabe der Bahnlegitimationen für Staatsangehörige. Mit der Verlängerung der Gältigkeit der Staatsangehörigenlegitimationen zur ernährten Bahnfahrt für das Jahr 1925 wird im Präsidium der politischen Landesverwaltung in Prag am Samstag begonnen werden.

Ueber die Geburten und Sterbefälle in 83 größeren Städten der Republik im Jahre 1923 werden in der sechsten erschienenen Nr. 61/62 der „Mittellagen des Statistischen Staatsamtes“ detaillierte Daten veröffentlicht. In diesen Städten wurden im Jahre 1923 52.877 Kinder geboren und 38.716 Personen sind gestorben (auf 1000 Einwohner entfielen 20,9 Geburten und 15,3 Sterbefälle). Von der Gesamtanzahl der Geborenen (27.507 Knaben, 25.370 Mädchen) waren 50.108 lebend- und 2769 totgeborene; im ersten Lebensjahre starben 6171 Kinder (das ist 12,3 auf 1000 Lebendgeborene). Von der Gesamtzahl der gestorbenen Personen (20.061 Männer, 18.655 Frauen) starben die meisten im Alter von 60 und mehr Jahren (13.018); 40 bis 50jährige starben 8713, 30 bis 39jährige 3199, 20 bis 29jährige 3733, sonstige 10.053 (darunter auch die erwähnten 6171 Kinder im ersten Lebensjahre). Wenn wir die Ursachen der Sterbefälle betrachten, so sehen wir, daß am meisten Opfer die Tuberkulose (Lungen-tuberkulose, tuberkulöse Meningitis u. a.) gefordert hat, und zwar 6024 (3311 Männer, 2713 Frauen); außerdem starben an organischem Herzfehler 4024, an bössartigen Neubildungen 3227, an Lungenentzündung 2492, an angeborener Schwäche 2301 und an Altersschwäche 3143 Personen. Die höchste Anzahl von Sterbefällen wurde im März (3615), im April (3472) und im Mai (3565), die geringste im September (2864) verzeichnet.

Prager Röntgenologentag. Morgen beginnt die Tagung der Vereinigung deutscher Röntgenologen und Radiologen in der tschechoslowakischen Republik. Es sind nachträglich noch zahlreiche Anmeldungen hinzugekommen, auch aus Deutschland. Unter anderen hat Prof. Wintz-Erlangen seine Teilnahme in Aussicht gestellt.

Einem Grubenhund aufgefressen. Wie uns aus Wien berichtet wird, brachte die „Deutschtörrische Tageszeitung“ heute morgens einen aufgeregten Artikel in der sensationellsten Aufmachung über die Befehuna der Technik durch Arbeiterwehren. Dieser aufgeregte Artikel ist nicht etwa nur eine Lüge, sondern er ist ein ausgesprochener Grubenhund. Er war nämlich gestern von einem Sprachvogel dem Witte abgeschickt worden und zwar mit der Unterschrift Leopold Goldschmidt und war von einem gewissen Pollak, der durchaus nicht arisch aussieht, der Redaktion überbracht worden. Die Redaktion hatte es durchaus nicht für notwendig gefunden, sich irgendwie bei ihren Parteigenossen auf der Technik zu erkundigen, sondern hatte nur kritillos den ganzen Artikel übernommen und nur einige aufgeregte Bemerkungen dazu gemacht. Noch unbegreiflicher ist es, daß dieser Artikel sogar von den deutsch-kommunistischen Studenten an der Karlsplatz der deutschen nationalen Studentenenschaft an der Universität ausgehängt wurde, obwohl sie sich doch leicht an der Technik hätten erkundigen können.

Brotsalbe, die der Polizei zu groß sind. Durch unsere reichdeutsche Bruderpresse macht jezt folgende anisüliche Geschichte die Runde: In der guten, alten Hausstadt Straßund sind die Bäckermeister auf die Idee verfallen, den dortigen Konsumverein wegen zu billigen Brotes zu „be-langen“. Sie würgen an einer bitteren Suppe, die sie sich selbst eingebracht haben. Vor reichlich zwei Jahren beschloßen sie nämlich unter Androhung schwerer Strafe gegen Zuwiderhandlung, der Konsum- und Spargenossenschaft Straßund und Umgegend kein Brot mehr zu liefern. Versuche der Genossenschaft, eine gültliche Regelung herbeizuführen, blieben erfolglos. Darauf pachtete diese eine Bäckerei und liefert nun schon zwei Jahre lang den Mitgliedern in Straßund von deren voller Zufriedenheit Backwaren. Obwohl sie über Tariflohn zahlt, bacht sie größeres und

schwereres Brot als die Junungsmeister. Das veranlaßte sonderbarerweise — die Polizei zum „Einschreiten“. Am 10. Oktober erschienen in der Verteilungsstelle des Konsumvereins zwei Polizeibeamte, um das Brot auf Gewicht zu prüfen. Auf die verwunderliche Frage des Lagerhalters erklärten sie, daß die Bäckermeister sich über das „große“ Brot des Konsumvereins beschwert hätten. Sie stellten auch tatsächlich ein erhebliches Mehrgewicht des Brotes fest. Soweit der Verlauf der lustigen und für die Genossenschaft unbezahlbaren Geschichte, bei der man sich nur fragt, was die Polizei sich eigentlich bei ihren Maßnahmen gedacht hat. Daß sie sich berufen fühle, zu verhindern, daß die Straßunder Steuerzahler billiges Brot bekommen in dieser teuren Zeit, das kann man doch wirklich nicht glauben.

Ein Entgegenkommen ist des andern wert. Als „J. R. III“ seinen Amerikastug unternahm, zog er bekanntlich über das Gebiet von Südfrankreich. Die französische Regierung hat gegen die Ueberfliegung französischer Gebiets durch ein Luftschiff, das nach die deutsche Flotte führt, nichts einzuwenden gehabt. Nun wird gemeldet, daß der französische Ballon „Anjou“ vom Wüde auf deutsches Gebiet verschlagen und bei der Landung nach den bestehenden deutschen Vorschriften beschlagnahmt wurde. Der „Petit Parisien“ zufolge wird nun die französische Regierung die Berliner Regierung um die Rückerstattung des von den deutschen Behörden angehaltenen Ballons ersuchen. Wir hoffen, daß dieses Ersuchen Erfolg hat.

Zwei Tote bei einem Bahnunfall. Auf dem Bahnhofs in Wittenberge bei Magdeburg stießen zwei Lokomotiven mit einem zum Bahnsich abgestoßenen Wagon in einer Weiche zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurden der Schaffner Strube und der Hilfswagenmeister Wille aus Wittenberge getötet. Die Weiche waren etwa drei Stunden gesperrt.

Wie einst. Aus Budapest wird gemeldet: „Die zahlreicheren ritterlichen Affären, die in den letzten Monaten zwischen Offizieren und Zivilisten entstanden waren, konnten alle friedlich beigelegt werden, nicht aber die Affäre, die zwischen dem Finanzsekretär Dr. Gorbá und dem Major Gieserie Monah entstanden war. Diese wurde heute abends ausgezogen und nahm einen blutigen Ausgang. Gorbá wurde am Kopfe schwer verletzt und als er zufälliger Weise seine linke Hand hervorholte, wurde ihm vom wackeren Gieserie ein Messer in die Hand gefügt abgehakt. Dr. Gorbá, der einen starken Blutverlust erlitt, wurde in ein Sanatorium gebracht.“ — Wenn dumme Studenten mit Säbeln aufeinander loshauen, so nennt man das einen straflichen Unfug, zu dessen Ausrottung die Prügelstrafe am Platze wäre. Erwachsenen Menschen aber, die in solchen Spielen den Ausdruck ihres Mamestums sehen, gehören ins Irrenhaus. Oder besser in ein Arbeitshaus.

Ein Schwindelunternehmen, das seit Jahren Affären ausgab, ohne überhaupt rechtlich zu bestehen, ist die Kärntner Bergwerks-A. G. Zwei Wiener Advokaten, die die Zeit der Geldentwertung für ihre spekulativen Pläne auszunützen suchten, wiesen die Schwindelgründung ins Leben, inserierten in kapitalistischen Zeitungen und prellten die überaus zahlreichen Käufer von Aktien. Die Aktien dieses Unternehmens wurden in großen Mengen gegeben, zum Teil auch an der Börse, obwohl das Papier nicht notiert war. Bevorgungen Zeichnern wurden auf 100 Kronen laufende Aktien zu 2000 Kronen per Stück überlassen. Manchen der „Aktionäre“ kam die Geschäfte bedenklich vor, sie holten in Klagenfurt Anskunft ein und erfuhren, daß man in Kärnten eine Kärntner Bergwerks-A. G. nicht kennen. Die Schwindelgesellschaft, die ihren Sitz in Wien hat, dupierte eine Anzahl leichtgläubiger nach mühelos erworbenen Reichum strebende Leute, die jezt, also nach mehr als zwei Jahren, die Anzeige erlatte. Einer der Gründer hat bereits seinen Austritt aus der famosen Aktiengesellschaft durchgeführt. Die Untersuchung ist eingeleitet worden.

Das Verhängnis des lospeltigen Verhältnisses. In der Zeit vom Juni 1923 bis jezt hat der Buchhalter und Kassier Wilhelm Soral der Luftverkehrsgesellschaft Franco Roumaine in Wien ungefähr 200 Millionen Kronen unter-schlagen. Er hat Belege für Zollzahlungen auf höhere Beträge gefälscht und eingemommene Zollgelder nicht verbucht, um Geld für ein kostspieliges Verhältnis zu gewinnen. Soral wurde dem Landesgerichte eingeliefert.

Amerika kann zum Schicksal der Zepellinwerfer nicht Stellung nehmen. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Washington: Im Weißen Haus wurde amtlich erklärt, daß die amerikanische Regierung sich in die Auseinandersetzungen der europäischen Regierungen über das Schicksal der Zepellinwerfer in Friedrichshafen nicht einzumischen gedenkt. Die Entscheidung sei eine Angelegenheit, die nur die Signatarmächte des Versailler Vertrages angehe, und Amerika sei anherstande, offizielle Schritte in diesem Zusammenhang zu unternehmen.

„Shanandoah“ kehrt nach Lakehurst heim. Aus San Diego wird gemeldet: Das amerikanische Luftschiff „Shanandoah“ hat Mittwoch morgens seine Rückfahrt nach Lakehurst begonnen.

Die britische Reichsausstellung. Es ist noch nicht entschieden, ob die britische Reichsausstellung auch im kommenden Jahr eröffnet werden wird. Die Mehrzahl der Aussteller ist für die Verlängerung, ebenso einzelne Regierungen, wie Australien und Kanada. Dagegen stimmt Neuseeland, welches im kommenden Jahre selbst ausstellen will. Südafrika und Indien haben noch keine Entscheidung getroffen.

London—Australien auf dem Postwege. Aus Sidney (Australien) wird der „Fr. Pr.“ gemeldet, daß der australische Flieger Sir Keith Smith, der im Jahre 1919 mit seinem Bruder von Australien nach Indien flog, erklärte, daß der Flug des Doppeldecker von Deutschland nach Amerika beweisend sei, daß ein regulärer Verkehrsdienst zwischen London und Sidney in zehn Tagen möglich sei. Von Sidney nach San Francisco in sieben Tagen, von Sidney nach New York in drei Tagen, von San Francisco nach New York ebenfalls in drei Tagen. Dieser Luftdienst wird jetzt von der englischen und australischen Regierung erwogen. Sir Keith erwartet, daß der Fahrpreis 50 Prozent über dem Schiffs-, beziehungsweise Eisenbahnpreis sich bewegen werde. Er meint, daß die Luftschiffahrt nicht der Befahrung etwa 120 Passagiere mitnehmen könnte.

Wetterüberblick vom 23. Oktober. Die Temperatur war Mittwoch in der ganzen Republik übernormal. Nachmittags stieg sie stellenweise bis auf 16 Grad Celsius. In der Nacht auf Donnerstag trat in Böhmen Verschleierung ein, da sich die westliche Druckstörung unterdessen nach Osten in Bewegung gesetzt hat. Donnerstag früh fiel bei Vorüberzug dieser Störung in ganz Böhmen Regen, besonders im Norden (Aussig sechs Millimeter). Von Nordwesten her hat rasch neue Luftdruckzunahme eingesetzt. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Allmähliche Besserung von Westen her, kühl.

Gerichtssaal.

Unterklasse bei der Arbeitslosenunterstützung.

Eger, 23. Oktober. Wegen Mißbrauches der Amtsgewalt begann heute der auf zwei Tage angelegte Prozeß gegen den 29 Jahre alten Kontoristen Wenzel Meinel, den 35 Jahre alten Beamten Franz Fischer und den 27 Jahre alten Beamten Hans Müller, alle Grassitz. Der Prozeß wurde bereits zum Teile in der Schwurgerichtsperiode im Mai durchgeführt, damals aber zur Vornahme weiterer Erhebungen vertagt.

Wenzel Meinel war bei der Arbeitslosenagenda bei der politischen Bezirksverwaltung in Grassitz seit 1919 als Hilfskraft beschäftigt. Er hatte die Berechnung der Unterstützungen, die An- und Abmeldungen, sowie die Ausstellung der Zahlungslisten zu besorgen. Zur Besorgung der gleichen Arbeiten wurde am 1. Februar 1920 Franz Fischer aufgenommen. Hans Müller war seit 1. Jänner 1919 Leiter der Bezirksarbeitsvermittlungsanstalt. Die Zahlungslisten und Zahlungsanweisungen verfaßten Meinel und Fischer über Veranlassung mit der Stempelkassenunterstützung des Staatshalters Adalbert Schwarz. Das Steueramt Grassitz erhielt dann vom Finanzministerium zur Auszahlung der Unterstützungsbeiträge jeweils diese Arbeitslosenlisten und Zahlungsanweisungen. Meinel und Fischer benutzten nun die ihnen gelassene Freiheit zu verschiedenen Betrügereien. Obwohl beide angestellte Beamte der Arbeitslosenfürsorge waren, bezogen sie Arbeitslosenunterstützung, und zwar Wenzel Meinel insgesamt 6941 Kronen und Franz Fischer 8522 Kronen. Ihre Tätigkeit bei der Kontrolle der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung benutzten sie dazu, fingierte Anweisungen auszustellen und die Beträge selbst in Empfang zu nehmen.

Anfangs 1921 kam der Angeklagte Müller darauf, daß in einigen Fällen, in denen die Arbeitslosenunterstützung bereits erloschen war, diese weiter angewiesen und ausbezahlt wurde. In der Unterschrift des betreffenden Arbeitslosen erkannte Müller die Handschrift Fischers. Müller machte Meinel als den Leiter der Arbeitslosenfürsorge darauf aufmerksam. Eine Aussprache mit den beiden anderen Angeklagten zeitigte die Folge, daß Müller keine Anzeige erhebt, sondern sich von nun an

auch an den Betrügereien beteiligte. Müller bezog dann auch unredlich die Arbeitslosenunterstützung mit insgesamt 3120 Kronen.

Alle drei führten dann bereits abgemeldete Personen weiter in den Listen, hoben die Beträge und teilten sie Sie bezogen auf diese Weise für 82 (!) Personen unredlich die Arbeitslosenunterstützung, weiters für eine Reihe von Verwandten. Nachgewiesenermaßen bezogen die Beschädigten insgesamt 101.311 Kronen auf fingierte Unterstützungsberechtigungen und verwendeten das Geld für sich. Bei einer Revision kam dann der Schwundel zutage. Insgesamt ist aber ein Betrag von insgesamt 225.054 Kronen durch die Missethäter der Beschädigten nicht aufgeföhrt.

Der Dastawmord vor Gericht.

Zweiter Verhandlungstag.

Tabor, 23. Oktober. Bei der heutigen Verhandlung wurde zuerst eine Reihe von Schriftstücken, Zeugenprotokollen und Sachverständigengutachten vorgelesen. Der Antrag des Verteidigers, Dolmetscher zuzuziehen, die Artikel aus dem „Journal“ und „Oberker“ über Todor Alexandrow den Geschworenen verständlich machen sollen, wurde vom Gerichtshof abgewiesen, da diese Artikel, die sich mit den mazedonischen Verhältnissen befassen, nur journalistische Bedeutung haben, während für das Gericht Zeugenaussagen maßgebend sind. Der Verteidiger kündigt hierauf die Nichtigkeitsbeschwerde an.

Es wird sodann als Zeuge ein gewisser Schwarz aus Weinberge einvernommen, bei dem Ciconkoff gewohnt hat. Auf den Zeugen habe Ciconkoff einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht.

Der nächste Zeuge ist der Schwiegersohn Stambolijak, Iwan Bojadzejew, der die Einzelheiten über das Attentat nochmals ausführlich erzählt. Als er den jetzigen bulgarischen Gesandten in Prag angreift, protestierte die Verteidigung dagegen, daß eine extraterritoriale Person auf diese Weise in den Prozeß verwickelt werde. Bojadzejew berichtet weiter auch über die Geschichte des Dienstmädchens bei Dastalaw, die aus der ersten Verhandlung vor dem Prager Gericht hinlänglich bekannt ist. Im weiteren Verlaufe dieser Zeugeneinvernahme kommt es immer wieder zu erneuerten scharfen Konversationen zwischen dem Verteidiger einerseits und den Zeugen und dem Vorsitzenden andererseits.

Der Zeuge behauptet, daß Dastalaw die Mazedonier nicht fürchtete, aber Mörder, die, wie er vermutete, von der neuen Regierung gemietet waren. Auf die Frage des Vorsitzenden erzählt er, daß jenes Dienstmädchen, eine Russin, an einen Tischchen verheiratet sei, daß er aber ihren Namen nicht kenne. Ferner erklärte der Zeuge, daß der Gesandte Michalew vor dem Mord nach Sofia abgereist ist, wo er vor dem Redakteur des „Iltro“ erklärte, Dastalaw sei der Chef der bulgarischen landwirtschaftlichen Emigration in Prag, wohne in einer prächtigen Villa, habe ein Automobil und Geld. Nach dem Mord erklärte Michalew in der „Prager Presse“, daß er sich nie um Dastalaw interessiert habe und daß er seine Adresse nicht kannte. Zwei Tage vor dem Mord habe Dastalaw aus Budapest ein Telegramm erhalten, indem angegeben war, daß Mörder gegen ihn entsendet wurden; er möge in Prag die Behörden aufmerksam machen und selbst auf der Hut sein.

Der Verteidiger spricht die Verwunderung aus, daß die Zeugen bei der gegenwärtigen Verhandlung vollkommen neue und andere Sachen vorbringen, als bei der ersten Verhandlung.

Der Vorsitzende fragt den Zeugen: „Haben auch andere Mitglieder der Regierung Stambolijak Drohbriefe erhalten?“

Zeuge: „Man erzählte, daß ihnen Drohbriefe zugesandt wurden, aber ich sah dieselben nicht. Briefe bekamen fast alle Minister und hervortragenden Abgeordneten, die Anhänger Stambolijaks waren, z. B. Kolasch und Krompnow, die etwa 14 Tage nach dem Umsturz tatsächlich in Sofia ermordet wurden.“

Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt werden.

wo Josef Capel, der Mitautor der berühmten genordenen Theaterstücke „R. U. R.“ und „Aus dem Leben der Insekten“, ein Gesamtbild seines bisherigen Schaffens als Maler gibt. Während der lebenslustige Franose einfach mit dem Pinsel nickschreibt, was seine Gabe des „Zahmens“ ihm diktiert, brodelt und lodt es hier vor lauter Problemen und eine schwere Gehirnarbeit bittet aus jedem Bild gleichsam um Verlässlichkeit. Die soll ihr nun auch zuteil werden. Wer oft moderne Ausstellungen besucht, hat auch dort verzichten gelernt, daß ihm von den Wänden die Freude an der Malerei gleichsam wie eine gebrochene Taube: rustigt, er hat sich gewöhnt, diese Freude sich mühsam abzurufen, wenn auch oft d's Resultat die Mühe gar nicht gelohnt hat. Der Maler Capel, der Begründer der jungen tschechischen Kampfguppe der „Tordos“ („Die Unentsagten“), hat es sicher nicht leicht. Mit einem scharfen Sinne für Farbwerke, Farbensättigung, steht er heute noch mitten drin im Strom der expressionistischen Formprobleme, die seit fast fünfzehn Jahren aus Frankreich und Deutschland herübergedrungen und dort schon im Abbau begriffen sind. Die einzelnen Dinge der sichtbaren Welt, ein menschlicher Kopf oder Arm, eine Flasche, ein Haus, sind ihm nicht das, was sie scheinen, sondern nur Anlaß, ihr Untrüglichkeit in rein konstruktiver Art im Bilde abzuwandeln, wie ein bestimmtes musikalisches Motiv in einer Symphonie in verschiedenen rhythmischen Bindungen wiederkehrt. Die Nüchternheit dieser linear-konstruktiven wird durch gut gewählte Farbkombinationen belebt. Also Wissenschaft von Kunst bis Ende. Fast alle Bilder Capels bis zum Jahre 1923 entbehren eines eigentlichen Inhalts, da alles Körperliche in Konstruktionen aufgeht. In den Bildern des letzten Jahres kehrt er

Zum Egerer Mordprozeß Hartl.

Eger, 23. Oktober. Jede Schwurgerichtsperiode hat ihre Sensation. Gewöhnlich ist es ein Mord. Zahlreicher als sonst drängen sich dann die neugierigen — vielleicht auch blutigierigen — Schwurgerichtsaalbesucher schon lange vor dem Beginn der Verhandlung in den Gängen und Vorräumen des Gerichtsgebäudes. Drei, vier Polizisten werden aufgebeten, um die stoßende und schiebende Menge in Schach zu halten; alles umsonst; jeder will der erste sein, denn je weiter vorne man sitzt, desto besser ist alles zu hören, umso leichter sieht die Gesichter der Angeklagten zu sehen. So war es auch bei dem dieser Tage stattgefundenen Schwurgerichtsprozeß Hartl in Eger.

„Also, was sagen Sie dazu“, redet der Vorsitzende den auf der Anklagebank sitzenden 37jährigen Anton Hartl an, nachdem die Anklageschrift vorgelesen worden war. „Sagen Sie uns einmal, wie Sie mit Ihrem Bruder gelebt haben.“ Der also Angeredete beginnt stotternd und abgehackt, jedes Wort gewissermaßen abwiegend, zu erzählen: „Im August 1914 ist mein Vater gestorben. Drei Jahre später die Mutter. Als die Mutter noch lebte, hat mein Bruder durch einen Bekannten sie überreden lassen wollen, ihm den Hof zu verschreiben. Ich sollte enterbt werden. Als wir beide vom Militär nach Hause kamen, übernahm er als Besitzer den Hof. Wir vereinbarten, daß ich eine Abfindung von 20.000 K bekommen sollte. Aber mein Bruder wollte mir dann nicht soviel geben.“

Aus dem Streit um das Erbe entstanden mehrere Gerichtsverhandlungen, die nur noch mehr dazu beitrugen, die Gegensätze zu verschärfen. Johann hatte kurz nach dem Krieg eine österreichische Militärvistole gegen Lebensmittel eingetauscht; Anton kaufte sich sechs Wochen vor dem Unglückstag ebenfalls einen Revolver. Das „Wetterstein“ hatte begonnen. Der Kampf um die Vorherrschaft war bereits bei dem Gedanken der Gewaltanwendung angekommen. Was auf dem Wege der Verständigung nicht möglich war, das sollte gelegentlich seine gewaltsame Lösung finden. Einer mußte weichen...

Am Ostermontag wollte Johann Hartl in die Kirche gehen. Vorher aber ging er zum Koffer, nahm den Revolver heraus und steckte ihn ein.

Eine Stunde später kommt Anton Hartl zum Gemeindevorsteher gelaufen, um diesem schreckensvolle Kunde zu bringen: Johann hat sich erschossen! Mitleiden durch den Kopf war die Angel gegangen.

Gendarmen kommen, eine Gerichtskommission erscheint, Anton Hartl wird unter dem Verdacht, den Bruder erschossen zu haben, verhaftet. Er leugnet jede Schuld. Er findet kein Wort des Mitleides für den toten Bruder, keinen Blick menschlicher Teilnahme. Im Gegenteil! Das erste Wort, das er im Angesicht der Leiche seines Bruders zu einer dritten Person sagt, ist ein Ausruf des über den Tod hinausgehenden Hasses: „Da liegt er nun, der schlechte Kerl.“

Der Vorsitzende des Schwurgerichtes liest das Gutachten des gerichtlich-medizinischen Instituts in Prag vor. Der Kopf des Toten wurde genau untersucht. Die Schußlinie wurde festgestellt, die Einschußöffnung wurde mikroskopisch und chemisch untersucht, um etwa vorhandene Pulver- oder Aschenreste zu finden. Die blaue Militärtasche, die Johann Hartl aufhatte und durch welche der Schuß gegangen war, wurde ebenfalls mikroskopisch untersucht, um etwaige Brandstellen zu finden. Um festzustellen, aus welcher Entfernung der Schuß auf den Kopf abgegeben wurde, sind mit derselben Waffe und den gleichen Patronen Schußproben an Leiden vorgenommen worden, und zwar aus einer Entfernung von 20 Zentimeter, zehn Zentimeter, fünf Zentimeter und eineinhalb Zentimeter. Das Ergebnis — einwandfrei begründet — war, daß die Revolvermündung

zehn Zentimeter vom Kopf entfernt gewesen sein muß.

Dann packt der Vorsitzende aus einer kleinen Kiste einen in Holzwohle gehüllten Gegenstand aus: die obere Schädelhälfte des Erschossenen. Graugrün in der Farbe, vom Aussehen einer Kürbisschale. Totenstille ist alles im Saal. Aller Blick ist auf die beiden Angeklagten gerichtet. Doch kein Aufschrei, kein Zucken und Rühren, kein Verbergen der Augen vor diesem gewissermaßen dem Grab entstiegenden, lebendig gewordenen Anklageobjekt...

Dann greift der Vorsitzende nochmals in die Kiste hinein, um noch einen Anochen teil herauszulangen, der an der Anschußstelle abgepreßten war. Die Kopfhülle war zerprungen wie eine gefüllte Glasfugel, die an einer Stelle verletzt oder angeschlagen wird.

Während der ganzen Verhandlung bemühte sich der Staatsanwalt, sein ohnedies fertiges Gebäude der Indizienbeweise noch mehr auszubauen; fast alle Zeugen nahm er ins Verhör. Zum Schluß dann der große Generalangriff, das zusammenschließende logische Aneinanderfügen aller Begleitumstände und die ganz eindeutig erhobene Forderung nach dem Schuldspruch. Was können auch die Geschworenen anderes tun? Liegt die Schuld des Angeklagten nicht offen da vor aller Welt? Das weiß auch der Verteidiger; er verzichtet von vornherein darauf, seine Argumentation auf die Behauptung von der Unschuld des Angeklagten aufzubauen; ja, er geht sogar noch weiter, indem er die Möglichkeit eines Selbstmordes oder eines Unfalles so gut wie ausschließt. Aber der Verteidiger weiß: Das „Schuldig“ bedeutet den Strang. Ein Todesurteil darf aber nicht auf Indizien gegründet werden. Deshalb gilt seine ganze Rede dieser einzigen Lücke der Anklage. Mit erhobener Stimme ruft er den Geschworenen zu: „Der Weg zum Galgen darf nicht mit Fragezeichen gepflastert sein!“

Die Geschworenen befanden sich bei ihrer Beratung sicher in einem argen Gewissenkonflikt. Mühten ihnen nicht Zweifel kommen? War irgendwie ganz einwandfrei bewiesen, daß wirklich der Bruder Mörder war? Und jeder wußte, daß auf den Schuldspruch das Todesurteil folgt, denn es war ja doch, wie der Staatsanwalt sagte, „ein besonders schweres Verbrechen, ein Brudermord“. Es ist daher kein Wunder, daß die Geschworenen die Indizienbeweise als nicht genügend betrachteten, im dem Galgen Arbeit zu verschaffen. Einen Mittelweg aber gab es nicht. Ja oder Nein, Galgen oder Freispruch! Neun von den zwölf Geschworenen verneinten die entscheidende Schuldfrage, damit den Freispruch des Angeklagten bewirkend.

Mit Entrüstung wurde von über 200 Zuhörern das Urteil entgegengenommen. Langsam nur leert sich der Schwurgerichtssaal, in dessen Mauern sich schon manche dramatische Szene abspielte. Die Menge ist unzufrieden mit dem Urteil. Warum? Weil zwei Menschen dem Leben wiedergegeben wurden, die durch die von ihnen vielleicht begangene Tat das Recht auf Freiheit verwirkt haben? Vielleicht! Oder sind andere Gründe die Ursache der Unzufriedenheit? „Blut fordert wieder Blut“, heißt es im Volke. Eine Meinung, geboren aus tierischen Instinkten. Eine Meinung aber, die schon einen Vorgeschmack des Nerventanzes verschafft, der ausgelöst wird beim Fällen des Todesurteils. Die Menge wurde betrogen um diesen mit Sicherheit erwarteten Genuß; alle Sensation, alle dramatischen Momente blieben bei der Urteilsfällung aus. So endete der Mordprozeß Hartl.

Seine Ursache hatte er im Kampf um das Erbe der Eltern. Im Verlaufe dieses Kampfes entstand wohl der Gedanke der Gewaltanwendung. Die „guten Christen“ wurden zu Besessenen und sie merkten gar nicht, wie ein Wort Tosstoffs an ihnen zur Wahrheit wurde: „Besitz verlotet zur Sünde und die Anhäufung von Reichtümern enttötlicht den Menschen.“

Notzucht.

Eger, 23. Oktober. Gestern nachmittags standen vor dem Schwurgerichte zwei Notzuchtsfälle zur Verhandlung. Der erste Fall, der einen 72 (!) Jahre alten Auszügler aus Putzschirn betraf, mußte vertagt werden, da zwei Zeugen nicht erschienen waren. Der zweite Fall spielte in Reputzschirn und betraf den 33 Jahre alten Invaliden Oskar Reif, der sich an einem 13 Jahre alten Mädchen, das seine Tochter in der Wohnung abholen gekommen war, vergangen hatte. Oskar Reif wurde von den Geschworenen schuldig erkannt und zu 15 Monaten schwerem Kerker mit vierjährig einer Faße verurteilt.

Aus Bergweilung das Kind ermordet.

Troppau, 22. Oktober. Die 23jährige Hausgehilfin Maria Butscha aus Freistadt hatte als uneheliches Kind einer armen Mutter eine sehr traurige Jugend. Im schulpflichtigen Alter war sie schon Dienstmädchen, von einem Dienstor zum anderen gerieben. Als sie im Jahre 1920 auf einem Meierhofe einen Verwandten ihrer Mutter zum Vorgesetzten hatte, schienen bessere Zeiten für sie kommen zu wollen. Doch ihr Verwandter war ein Trinker, im Rausche mißbrauchte er einmal das Mädchen. Von dem Kinde wollte der Vater dann nichts wissen. Und da es an Krokuslose litt, nahm es niemand in Pflege. In ihren Arbeitsstellen durfte es die Butscha auch nicht behalten. Als ein letzter Versuch, das Kind bei einer kranken Tante unterzubringen, schlug, stieß die Butscha es bei Standing in einen Bach, wo es ertrank. Vor Gericht erklärte die Angeklagte, daß sie sich nicht mehr zu helfen wußte. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage auf Kindesmord, das Urteil lautete daher: Freispruch.

Prager Ausstellungen.

Paul Signac, Josef Capel.

Als es ist das „Manes“ stellt Paul Signac eine Anzahl seiner Aquarelle der letzten Jahre aus. Mit Signac gehört Signac zum Begründer des Pointillismus (Punktmaler), jener Art der Malerei, die in den neunziger Jahren im Schoße des Impressionismus in Frankreich entstand und zum Grundzuge hatte, d's sich dem Auge liegende Punkte in tausenden kleiner Farbpunkte auf der Leinwand aufzulösen, die dann, aus entsprechender Entfernung besehen, sich zu einem naturwahren Fernbilde vereinigen. Dies muß man wissen, um sich der Art dieses Franzosen gegenüber in ein richtiges Verhältnis zu setzen. Der Pointillismus, den der Künstler seit Jahren überwunden hat, hat sein Auge der bunten Farbigeit der französischen Landschaft geneigt gemacht und so ist es zu verstehen, warum eine kleinen Aquelle von Van Gogh strotzen, ja unter ihr sogar ranschmal leiden. Es wundert einen nicht, daß Signac gerade See- und Flusslandschaften seine Liebe zuwendet, die d's an und für sich Bunte der kleinen Staffierumpfe, Wimpeln und Segeln in tausend Brechungen vom Spiegel der Wasseroberfläche prüffähig. Flußbrücken, Fischerbänke, Hafentellen, das ist für die Welt, die der Künstler mit Leidenschaft liebt. Technisch sind die Blätter von einer reinen Meisterhaft. Die hingeworfenen Farbpunkte sind gegeneinander wunderbar abgewogen und ergeben den Eindruck einer in jeder Hinsicht fröhlichen, sonnigen Naturstimmung.

Wie aus einem erfrischenden Sonnenbad tritt man in die nüchternen Kühle des Realismus,

allmählich zu „Körperlichkeit“ zurück, läßt die Dinge der Natur „unerschüt“ und leicht erkennbar. Ein Motiv hat es ihm in dieser Zeit besonders angetan: zwei neben- oder hintereinander stehende Männer. In nicht weniger als 21 Bildern ist dieses Raum-Motiv variiert und scheint im Bild Nr. 95 am interessantesten gelöst. Gleich einem Symbol hoheitlicher, mit sich zufriedener Künstlerschaft ragt in dem Saal aus dem Brust der Probleme ein herrliches Blumenstück (Nr. 105), ein Schlehornbüschel, hervor, unangekündigt von dem Gefühl, Diener irgend einer Kunstströmung zu sein. Es ist es einem angesichts dieses Bildes lebhaft, daß die Begabung und Naturliebe, die sich darin ausdrückt, gewissam im Künstler zugunsten eines tieferen Formalismus zurückgedrängt erscheint.

Im letzten Saale schließen sich graphische Arbeiten des begabten tschechischen Bildhauers Josef Zal, die ein reiches Können in der Behandlung des Materials auszeichnen. Besonders die in Lindenholz geschnittenen Altfigur (12) und die Bronzefigur „König“ (8) verdienen hervorgehoben zu werden.

Hugo Feigl.

Volkswirtschaft.

Die Teuerung.

Seit Mai um sieben Prozent.

Ende September betragen, wie wir dem „Glückauf“ entnehmen, die errechneten Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Familie in Turn bei Teplý in der Woche 334,04 K. Ende August waren es 327,53 K. Das ist daher eine neuerliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten um 1,99 Prozent. Deshalb stieg auch die Indexziffer (Dezember 1913 = 100) von 884,73 im August auf 902,32 im September. Als die Kohlenbarone im Verein mit der Regierung im August vorigen Jahres den neuerlichen Lohnabbau einleiteten, betrug die Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Familie 323,58 K. Seitdem sind dieselben im September 1924 um 3,26 Prozent höher als im August 1923. Dagegen ist im nordwestböhmisches Braunkohlenrevier der durchschnittliche Schichtlohn aller Arbeiter von 44,47 K. im zweiten Vierteljahr 1923 auf 39,53 K. im zweiten Vierteljahr 1924 gesunken. Danach ist in der erwähnten Vergleichszeit der Schichtlohn um 11,12 Prozent gesunken. Galt man sich indessen an die Bewegung der Lohnkosten für einen Meterzentner geförderte Kohle, dann beträgt der Lohnabbau sogar 15,02 Prozent, da die Lohnkosten von 2,44 auf 2,07 K. gesunken sind. Daraus ergibt sich also, daß die Steigerung des Schichtförderanteiles lediglich den Kohlenbaronen zugute gekommen ist.

Vergleicht man nun den auf einen Bergarbeiter entfallenden Wochenlohn mit den errechneten Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Familie im nordwestböhmisches Braunkohlenrevier, so kommt man zu dem Resultat, daß der Wochenlohn nur 57,87 Prozent der errechneten Lebenshaltungskosten beträgt. Genau gesagt, erreicht das Lohnneinkommen nicht einmal den ermittelten Aufwand für Nahrungsmittel einer vierköpfigen Familie. Die Folge davon ist, daß die Bergarbeiter trotz der weitgehendsten Einschränkung ihr Lohnneinkommen fast restlos zur Befriedigung des nackten Lebens ausgeben müssen.

Berücksichtigt man diesen Umstand, so erhält man über die Bewegung der Lebenshaltungskosten in den letzten Monaten ein viel traurigeres Bild, als es in unseren summarischen Aufstellungen zum Ausdruck kommt.

Die Bewegung der Kosten der Nahrungsmittel einer vierköpfigen Familie ist so:

| Monat | per Woche | Kronen | Prozent |
|-------------|-----------|--------|---------|
| August 1923 | | 193.78 | 100.— |
| Mai 1924 | | 195.24 | 100.76 |
| Juni | | 201.— | 103.72 |
| Juli | | 198.03 | 102.19 |
| August | | 203.94 | 105.24 |
| September | | 209.13 | 107.91 |

Das ist also eine Verteuerung der Nahrung um 7,91 Prozent. Da dieser Verteuerung der Lebenshaltung keine Lohnerhöhung gegenübersteht, resultiert hieraus eine neuerliche Verminderung des Reallohnes. Die Regierung stellt sich stumm. Und die Kohlenbarone erklären höhnisch: „Die Löhne der Bergarbeiter ermöglichen auch bei den gegebenen Teuerungsvhältnissen die Erhaltung eines angemessenen Lebensniveaus.“

Von den in Betracht kommenden Nahrungsmitteln sind 15 Artikel im Preise gestiegen, 8 gefallen und 3 Artikel hielten den Preis unverändert. Teurer wurden gegen den Vormonat per 1 Kilogramm: Wehl um 28 Heller, Brot um 16 Heller, Zucker um 4 Heller, Butter um 44 Heller, Fett um 120 Heller, Margarine um 36 Heller, Schweinefleisch um 114 Heller, Rindfleisch um 37 Heller, Mohn um 4 Heller, Bohnenlaffee um 41 Heller, Korallaffee um 28 Heller, Zwiebel um 12 Heller, Quark um 20 Heller, Salz um 2 Heller und ein Ei um 15 Heller. Billiger wurde: Wurst um 80 Heller, Kartoffeln um 20 Heller, Erbsen um 4 Heller, Reis um 28 Heller, Dörrensaamen um 8 Heller, Sauerkraut um 34 Heller, Käse um 19 Heller und Speck um 44 Heller. Unverändert hielt sich der Preis der Zichorie, der Milch und des Gewürzes.

Sie wollen um die Vertragskündigungen herankommen.

Unsere Notiz über das Ausweichen der Kommunisten bei Vertragskündigungen in der Textilindustrie hat dieselben in Bewegung gebracht. In dem neugeladenen „Noten Textilarbeiter“, Jahrgang 1, Nr. 3, versucht irgend jemand die Behauptung, daß die Sektion der Textilarbeiter Vertragskündigungen ausweichen will, mit einem langen Artikel in das Gegenteil umzukippen. Wir wollen uns mit diesen Behauptungen nicht allzu lange befassen. Wir wollen nur feststellen, daß der „Note Textilarbeiter“ genau so mit Verdrehungen gefüllt ist, wie sein sanft entschäufener Vorgänger der „Note Gewerkschafter“. Ferner stellen wir fest, daß durch die Konferenz der Vertrauensleute der Union der Textilarbeiter im Friedländer Bezirk beschlossen wurde, den Vertrag mit 1. Oktober zu kündigen. Hieron wurde die Sekt. von der Textilarbeiter verständigt und in einer gemeinsamen Konferenz wurde auf Grund des Referates des Herrn Mai der Beschluß gefaßt, die Kündigung auf spätere Zeit zu vertagen. So der Sachverhalt die-

fer ganzen Angelegenheit. Nun fragen wir die Textilarbeiter, ob das nicht einem Ausweichen der Vertragskündigung gleichkommt? Die Arbeiter sollten darüber nachdenken, ob eine derartige Handlungsweise der Sektion der Textilarbeiter nicht dazu angetan ist, die Unternehmer in ihrer Starrköpfigkeit jede Lohnerhöhung abzulehnen zu bestärken. Die Teuerung ist einmal vorhanden und deshalb heißt es handeln und nicht Vertagungen beschließen. Der Hinweis, daß die Unternehmer auf der ganzen Linie angegriffen werden müßten, ist insofern nicht stichhaltig, weil dieser Angriff bereits mit 1. Oktober erfolgt ist. Ueberall wird schon verhandelt, nur in Reichenberg, Friedland, Zwickau und Deutsch-Gabel nicht, gerade dort, wo die Kommunisten einigen Einfluß besitzen. Gerade in diesen Orten lugt man nach einer Rettungsweiche aus, um die Forderung der Arbeiter auf ein anderes Geleis zu schieben. Die Kommunisten können über die Teuerung reden, den Kampf um die Lohnerhöhung überlassen sie den „verräterischen“ Gewerkschaften.

Auswanderung im September 1924. Nach den Vormerkungen des Statistischen Staatsamtes (zu deren Vollständigkeit Daten noch aus sechs Bezirken fehlen), wurden im Monate Sept. Auswandererpässe ausgefolgt: in Böhmen für 700 Personen, in Mähren für 258, in Schlesien für 75, in der Slowakei für 1055, in Karpathorufland für 52, in der ganzen Republik zusammen für 2140 (im August 1924 für 2448) Personen. Von diesen Personen haben als Reiseziel folgende Staaten angegeben: 1) Europäische Staaten: Frankreich 1187 (1394) Personen, Oesterreich 195 (177), Ungarn 163 (316), Deutschland 80 (80), das Königreich S. S. 39 (44), Polen 36 (19), Rumänien 80 (15), Italien 13 (18), den Verband der sozialistischen Sowjet-Republiken 11 (39), sonstige europäische Staaten 35 (26) Personen, im ganzen 1789 (2128) Personen. 2) Ueberseeische Staaten: Kanada 124 (112), d. Vereinigten Staaten von Nordamerika 105 (112), Argentinien 101 (74), Brasilien 6 (11), sonstige überseeische Staaten 6 (10), im ganzen 342 (319) Personen. Diese Statistik der nach den überseeischen Staaten ausgegebenen Auswandererpässe wird durch die Statistik der zum Ueberseetransport übernommenen Auswanderer ergänzt. Ihre Anzahl betrug im September 1924 im ganzen 672 (441) Personen, die sich auf die nachfolgenden Staaten verteilen: Vereinigte Staaten von Nordamerika 472 (359), Argentinien 134 (41), Kanada 33 (22), Brasilien 16 (15), sonstige überseeische Staaten 17 (4) Personen.

Kunst und Wissen.

Erstes Arbeiter-Symphoniekonzert in Aufg.

Mittwoch, den 22. Oktober 1924.

Der im Vorjahr so erfolgreich durchgeführte Zyklus von Arbeiter-Symphoniekonzerten erhielt Dienstag eine vielversprechende Fortsetzung. Unser heimischer Operndirigent Herr Josef Krips, der die Leitung dieses Konzertes inne hatte, hat ein vorzügliches, wenn auch nicht neues Programm gewählt. Denn alle zu Gehör gebrachten Werke, und zwar die Leonoren-Ouvertüre, das Violinkonzert von Beethoven, endlich die achte Symphonie in C-dur von Franz Schubert, sind in Aufg. wiederholt gespielt worden, die Ouvertüre und die Schubert-Symphonie sogar im Rahmen der vorjährigen Symphoniekonzerte. Herr Krips hat sich bereits als Operndirigent in Aufg. bestens bewährt, seine straffe und zielbewußte Orchesterführung kamen ihm auch auf dem Konzertpodium zugute und so gelang ihm eine formvollendete Wiedergabe aller Werke, welche einen genutzreichen und anregenden Abend gewährleistete. Besonders soll die Reproduktion der Schubertschen Symphonie hervorgehoben werden, welche trotz ihrer sprichwörtlich gewordenen himmlischen Längen, und trotz ihrer an die Aufmerksamkeit der Zuhörer große Anforderung stellenden Dauer doch bis zum Schluß durch die Liebenswürdigkeit ihrer Themen und den klaren, abwechslungsreichen Aufbau festhielt. Die Leonoren-Ouvertüre hatte viel Schwung, ließ jedoch an einzelnen Stellen an der erforderlichen Delikatesse und Zartheit ermangeln.

Den Solopart des Violinkonzertes spielte Herr Fritz Brunner, erster Konzertmeister der Wiener Volksoper, mit schönem, wenn auch nicht großem Ton und anschließender Technik, die besonders bei der großen Kadenz des ersten Satzes zu brillierendem Ausdruck kam. Das Orchester hielt sich sehr brav und zeigte ein schönes Zusammenspiel, trotzdem hinter manchem Notenpult neue Gesichter zu sehen waren. Das Publikum war äußerst beifallsfreudig. Herr Krips und Herr Fritz Brunner ernteten wohlverdienten, kläglichem Beifall und wurden durch Ueberreichung von Lorbeerkränzen geehrt. Leider war das Konzert nicht so gut besucht, wie es das Programm und die dargebotenen künstlerischen Leistungen aller Mitbeteiligten verdient hätte.

Brager Ur- und Erstaufführungen 1924-1925.

Oper:

Deutsches Theater: Richard Strauß: „Intermezzo“ (Erstaufführung); Hans Wagners „Palastrina“ (Erstaufführung); Julius Bittners „Das Rosenkätzlein“ (Erstaufführung).

Tschechisches Theater: A. Karel „Jsejnos Herz“ (Uraufführung); J. Zelinka „Das Wirtschäferchen“ (Uraufführung); Leos Janáček „Das schmale Fährlein“ (Uraufführung); E. F. Burian

„Der Sonnenaufgang“ (Uraufführung); E. Kodet „Der Zwardowitz“ (Erstaufführung); Igor Strawinskij Ballett „Petuschka“ (Erstaufführung).

Konzertwerke:

In deutschen Konzerten: Bela Bartok „Tanzsuite“ (Erstaufführung); Alban Berg, 3 Stücke aus „Wozzeck“ (Erstaufführung); Erwin Schulhoff „Symphonische Variationen“ (Uraufführung); Krasa, Zwei Orchesterstücke (Uraufführung); Ullmann „Symphonische Phantasie“ (Uraufführung); Schimnerling „Kirchblüte“, symphonische Dichtung für Orchester und eine Baritonstimme (Uraufführung); Delius „Eine Messe des Lebens“ (Erstaufführung); Wolff-Ferrari „Vita nuova“ (Erstaufführung).

In tschechischen Konzertveranstaltungen: Werke von den tschechischen Tonbildnern Armann, Jozef, Chlubna, Janáček, Krejčí, Martin, Němce, Modr, Petrzela, Picha, Procházka, Řidky, Škvor, Weinberger, Zamrška und Zelinka, sowie von Schulhoff, Debussy, Gluka, Holst, Ravel, Roussel, Strawinskij, Schönberg und Witkowski als Ur- und Erstaufführungen. —ek.

„Der Anstalt“, Musikblätter für die Tschechoslowakische Republik, bringt in seiner jüngsten (9.) Nummer wieder einige ganz hervorragende Artikel. An erster Stelle steht ein interessanter Aufsatz des Prager Musikwissenschaftlers Dr. Theodor Weid „Die Musiker in Europa“, der nach dem vom Böcklerbunde herausgegebenen Berichte die Ergebnisse der Umfrage über die Lage der Musiker als geistiger Arbeiter in einzelnen Ländern (Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Italien und Polen) mitteilt. Es ist lehrreich, die Honorare- und Gehaltsverhältnisse sowie Lebensbedingungen der Musiker dieser Staaten kennen zu lernen, aus denen im allgemeinen hervorgeht, daß der Durchschnittsmusikerstand überall herzlich schlecht bezahlt ist und daß nur ganz große Künstler über reichere Einnahmen verfügen, also der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit auch auf dem Gebiete der Kunst in trauerlicher Weise zum Ausdruck kommt. Aus dem weiteren Inhalte des Festes seien noch hervorgehoben: Ein Artikel über das Chanson (unter besonderer Berücksichtigung seiner Beziehungen zum Volksliede) von Georg Klara (Berlin), ein „Vom Wesen des Musikalischen“ benannter und die moderne atonale Musik behandelnder Aufsatz von Siegfried Kallenberg (München), die biographischen Skizzen über den italienischen Zeitgenossen Mozarts Giovanni Paisiello (von Dr. Walter, Berlin) und über den Prager deutschen Tonbildner Heinrich Reisch (von Dr. Weid, Prag). Im musikpädagogischen Teile findet sich der Schluß des in der vorhergehenden Nummer begonnenen, für die Neuorganisation der musikalischen Jugenderrichtung und Volksbildung eintretenden Artikels „Musikunterricht in der Schule“. —ek.

Gastspiel Max Ballenberg. Max Ballenberg beginnt am Mittwoch, den 23. d. sein Gastspiel im Neuen Theater mit „Lilium“. Donnerstag, den 30. spielt er die Titelrolle in „Wauwau“, Freitag in der Kleinen Bühne in „Die Sache mit Lola“, Samstag wiederum im Neuen Theater seine berühmte Hauptrolle im „Eingebildeten Kranken“ und Sonntag findet mit Ballenberg die Erstaufführung des Lustspiels „Die Dampfmaschine“ von F. X. Svoboda statt. Kartenverkauf ab morgen Samstag.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Freitag „Baluta“; Samstag halb 8 Uhr „Ariadne auf Naxos“; Sonntag nachmittags „Bar und Zimmermann“, abends „Gräfin Mariza“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag Bankbeamten-Vorstellung „Frühlingserwachen“; Samstag „Illusionist“; Sonntag nachmittags „Kolportage“, abends „Der Illusionist“.

Wo vertehren wir?

Café Continental, ¹⁰⁸ Prag-Graben
Goldenes Kreuzel, ¹⁰⁸ Prag-Neiazanta.
Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus
Prag, Smecny 22 (Urania). ¹⁰⁸

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich. ¹⁰⁸ PRAG II., ¹⁰⁸ Hyberská
Konzert ¹⁰⁸ Nr. 7.

Café „Nizza“
Kgl. Weinbergo, Jungmannstraße 27.
Unser Stammlokal.

Kalla's Fischkonserven
werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.
Verlangen Sie daher nur ²⁹⁷¹
Kalla's Fischkonserven
In allen Konsumvereinen erhältlich.

Aus der Partei.

Organisationsarbeit im Gebiete der Kreisorganisation Grulich-Landskron. In dem weitläufigen und zerklüfteten Organisationsgebiete, das von Zwittau bis nach Radob und von Grulich bis Policka reicht, finden gegenwärtig eine größere Anzahl von Versammlungen und Distriktskonferenzen statt. In den Konferenzen in Kronstadt sprachen Gen. Uhrner und Abg. Gen. Schäfer, der auch in Volksversammlungen in Baydorf und Kronstadt sprach. In einer Distriktskonferenz für die Landgemeinden des Landestroner Bezirkes sprach Sonntag Genosse Rohner aus Grulich und Gen. Liebig; Gen. Rohner sprach ferner in einer Parteiverammlung, die Mittwoch in Landskron stattfand, am Samstag in einer Volksversammlung, die sehr gut besucht war, in Hilbetten und Sonntag in einer ebenfalls sehr gut besuchten Volksversammlung in M. Rothwasser. Am 28. ds. findet für die Stadt Landskron eine Konferenz sämtlicher Funktionäre der Partei und der sonstigen Arbeiterorganisationen statt. In allen bisher stattgefundenen Versammlungen wurden neue Parteimitglieder gewonnen und die Organisationen für die Vorbereitung vorbereitet. Weitere Versammlungen und Konferenzen finden im Laufe der nächsten Woche statt in Schildberg, Wichtsthal, Grulich, Nieder-Allersdorf, Zadulka, Pohnou und Laubendorf.

Frauensektion der Bezirksorganisation Prag. Montag, den 27. Oktober um 8 Uhr abends findet im Souterrainlokal des Kaffee „Nizza“, Jochova tída, ein Vortrag der Genossin Abgeordneten Blatny über „Die Stellung der Frau in der Familie, im Staate und in der Gesellschaft“ statt. Die Genossinnen werden gebeten, für diesen Vortrag in ihrem Bekanntenkreise die lebhafteste Agitation zu entfalten. Außerdem veranstaltet die Organisation einen Handarbeiten- und Nähkurs zweimal wöchentlich, und zwar Dienstag und Freitag in der Zeit von halb 8 bis 9 Uhr abends im Verein deutscher Arbeiter, Prag II., Smecnygasse 27.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Prag.
Kunstwanderung: Besichtigung der St. Georgskirche am Grabstein unter Führung des Genossen Dr. A. Klein am Samstag, den 25. Oktober, 3 Uhr nachmittags. Zusammenkunft vor der Kirche (hinter dem Weisdom). Gäste willkommen.
Vortrag über diese Kirche im Vereinsabend am Freitag, den 24. Oktober um 8 Uhr abends, Café Nizza. Anschließend gemütlicher Abend. Musikinstrumente mitbringen. Gäste willkommen.
Wanderung Sonntag nach Černošice auf den Ramm. Zusammenkunft Smichowter Bahnhof. Abfahrt 8.30. Führung: O. Leberer.
Sonntag Liboch. Näheres Vereinsabend. Abfahrt 6.20, Masarykbahnhof.
Bei regnerischem Wetter Treffort Vorraum Deutsches Theater um 2 Uhr nachmittags. 3010

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

Herausgeber: Dr. Ludwig Ezech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riecher.
Druck: Deutsche Zeitungs- & B. Prag
Für den Druck verantwortlich C. Holik

KINO-PROGRAMM

Vom 24. bis 30. Oktober
LIDO 310 ³⁰⁰¹
Sechs Tage. Drama in 9 Akten.
Nach d. Roman der gefeierten Schriftstellerin Glin.
Wer dem Verwegenen Glück wünscht.
Lustspiel.

BIO LUCERNA
Kibefungen
Ausschließliches Recht der Premiere in Prag.
Mit Rücksicht auf die außerordentl. Kostbarkeit sind um 1/2 und 8 Uhr mäßige erhöhte Preise. Um 3 Uhr sind die Preise nicht erhöht.

BIO ORIENT ²⁹²¹ Hyberská ul. Hotel „Central“.
Vorspiel Richard Wagner: „Götterdämmerung“.
Dirigent: Erno Kostal.
Gaumont-Weeke Nr. 42.
Larry als Zuckerbäcker.
Zweitteiliges Lustspiel.
Premiere: **BOND BOY.** (Verkauft!)
Drama in 7 Akten.
In der Hauptrolle: Richard Barthelmess.

Wran Urania-Kino ²⁹⁷⁶
Einziges deutsches Kino Prag.
Das Spiel der Liebe.
Großes deutsches Gesellschaftsdrama mit Abel, Karl de Vogt und Erich Kaiser-Titz
Kauft nur bei unseren Inserenten